

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Einzelpreis 70 Heller.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
Redaktion und Verwaltung: Drag 11., Královská 18. • Telefon: 26795, 31469. • (Nachredaktion): 26797 • DeMofasml: 37344

12. Jahrgang.

Donnerstag, 21. Jänner 1932

Nr. 18.

Der tschechoslowakische Außenhandel 1931.

Aktivum 1,351 Milliarden, Umsatzrückgang 8,26 Milliarden.

Das Statistische Staatsamt veröffentlicht die vorläufigen Ergebnisse über den Außenhandel der Tschechoslowakei im Jahre 1931. Demnach betrug der Gesamtwert der Einfuhr im Jahre 1931 11,789 (1930: 15,715) Milliarden, der Wert der Ausfuhr 13,140 (1930: 17,474) Milliarden Kronen. Die Einfuhr ist also im letzten Jahre um 3,926 Milliarden, die Ausfuhr um 4,334 Milliarden weiter zurückgegangen.

Unsere Handelsbilanz war im Jahre 1931 immerhin noch mit dem Betrage von 1,351 (1930: 1,759) Milliarden aktiv. Auf die einzelnen Warengruppen verteilen sich die Differenz folgend:

Warengruppe	Einfuhr		Ausfuhr	
	1931	1930	1931	1930
I. Lebende Tiere	230,8	724,5	22,8	54,9
II. Lebensmittel u. Getränke	2.383,3	2.657,4	1.113,8	1.705,5
III. Rohstoffe	4.982,0	7.114,7	2.039,9	2.795,6
IV. Fertige Waren	4.124,5	5.183,3	9.920,6	12.904,3
V. Edelmetalle u. Münzen	68,6	34,5	43,0	13,3

Dezemberbilanz mit 74 Millionen passiv.

Für Dezember 1931 beträgt die Einfuhr 1,230 (1930: 1,287) Milliarden, die Ausfuhr dagegen 1,156 (1930: 1,446) Milliarden Kronen. Die Handelsbilanz für Dezember 1931 ist also mit 74 Millionen passiv, während in der gleichen Zeit des Vorjahres ein Aktivum von 159 Millionen zu verzeichnen war.

Identischer Standpunkt

hinsichtlich der Reparations- und Abrüstungskonferenz.

Brag, 20. Jänner. Ueber die Beratungen des tschechoslowakischen und rumänischen Außenministers wurde folgender Bericht ausgegeben:

Im Rahmen des offiziellen Besuchs des rumänischen Außenministers D. Ghila in Prag fanden zwischen ihm und dem tschechoslowakischen Außenminister Dr. C. Benes zwei politische Unterredungen, und zwar Dienstag, den 19. Jänner, nachmittags und Mittwoch, den 20. Jänner, vormittags, statt.

Die Minister besprachen gemeinsam die allgemeine Situation ihrer Länder und Europas. Wie sie sich vor den beiden bevorstehenden Konferenzen in Lausanne und Genf darstellt. Sie tauschten ihre Ansichten über die Fragen aus, welche auf der Tagesordnung dieser Konferenzen stehen, und konstatierten, daß die Standpunkte ihrer Regierungen bezüglich des Wesens und der Taktik, die verfolgt werden soll, identisch seien. Sie besprachen dann die unmittelbaren Fragen, welche das direkte Verhältnis der beiden Länder betreffen, wie auch die Probleme, welche mit Rücksicht auf die Wirtschaftskrise namentlich in Mitteleuropa gegeben sind. Sie einigten sich vollkommen über die Politik, die in dieser Angelegenheit verfolgt werden soll, und die übrigens bisher in voller Uebereinstimmung von allen drei Staaten der kleinen Entente verfolgt wurde.

Die beiden Minister werden mit dem jugoslawischen Außenminister Marinovic vor der Genfer Konferenz in der Schweiz zusammentreffen.

Die wirtschaftlichen Differenzen angeblich nebensächlich.

Anlaßlich eines Journalistenempfanges äußerte der rumänische Außenminister auch die wirtschaftlichen Differenzen, die zwischen Rumänien und der Tschechoslowakei namentlich wegen der Getreide- und Vieheinfuhr bestehen. Er sagte u. a., daß einige wirtschaftliche Seiten, insbesondere soweit es sich um Getreide und Vieh handle, die einen der Faktoren des Ausfuhrertrags des agrarischen Rumänien bilden, durch den Widerstand seitens der tschechoslowakischen Landwirtschaftlichen Kreise getrennt würden. Es entstünden natürlich Schwierigkeiten, deren Lösung nicht leicht sei; doch hätten derartige Fragen absolut keinen Einfluß auf die einheitliche Linie des Vorgehens, durch die der gemeinsame politische Standpunkt gekennzeichnet sei.

Deutschland gegen ein weiteres Provisorium.

Berlin, 20. Jänner. Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, ließ die englische Regierung durch ihren Berliner Botschafter bei der deutschen Regierung sondieren, ob sie einer Verlängerung des Hoovermoratoriums um ein Jahr, d. i. bis 30. Juni 1933 zustimmen würde. Der Reichskanzler habe auf diese Anfrage ablehnend geantwortet. Es soll dies während der gestrigen Unterredung, die Brüning mit dem englischen Botschafter Sir Horace Rumbold hatte, erfolgt sein.

Die deutsche Regierung hätte sich mit einer halbjährigen Verlängerung des Moratoriums bis 15. Dezember i. J. zufriedengegeben, eine einjährige Verlängerung sei aber für Deutschland unannehmbar, einerseits deshalb, weil dadurch die Endregelung der Reparationsfrage allzu weit hinausgeschoben wird, andererseits deshalb, weil dadurch dem französischen Standpunkt, der an dem Young-Plan festhält, entsprochen werde, nach welchem das Moratorium bis auf zwei Jahre verlängert werden kann, worauf die Zahlungsfähigkeit Deutschlands erst wieder geprüft werden müsse.

Die „Vossische Zeitung“ meldet weiter, daß die deutsche Regierung entschlossen sei, dem Vorschlag zuzustimmen, den in der gestrigen Sitzung der französischen Kammer der Führer der Sozialisten Leon Blum gemacht hat, nämlich es möge eine Schiedsgerichtsinanz darüber

entscheiden, was Deutschland bisher für den französischen Wiederaufbau bezahlt hat.

Dieser wird offiziös gemeldet:

Es ist richtig, daß Sir Horace Rumbold am gestrigen Dienstag eine längere Unterhaltung mit dem Kanzler gehabt hat. Eine andere Antwort als Dr. Brüning ihm gegeben hat, konnte er schon deshalb nicht bekommen, weil die Verlängerung des Hooverjahres nur eine Maßnahme sein würde, die im Rahmen des Youngplanes bleibt und die Lösung erneut für längere Zeit hinauszögert. Außerdem würde ein zweites Hooverjahr die Uebernahme weiterer deutscher Verpflichtungen bedeuten. Die Sachverständigen, die ja schließlich auch von Frankreich mitberufen worden sind, haben aber ausdrücklich festgestellt, daß Deutschland nicht zahlen kann, daß die Initiative zur Befreiung der gegenwärtigen Schwierigkeiten über den Youngplan hinausgehen müsse, und daß Gefahr im Verzuge ist. Sie haben die Regierungen kategorisch aufgefordert, so schnell wie möglich zu handeln. Dieser Bericht der Sachverständigen muß für die weitere Entwicklung maßgebend sein, wenn es gelingen soll, die Welt über die Krise hinwegzubringen. Bis zum Ablauf des Hooverjahres, also bis zum 1. Juli, sind es noch über fünf Monate. Das ist nach deutscher Auffassung eine ausreichende Zeit, um eine vernünftige Lösung herbeizuführen, die die Verlängerung des Heerjahres überflüssig machen würde.

Konferenz abermals verschoben.

London, 20. Jänner. (Reuter.) Das Foreign Office veröffentlicht ein Kommuniqué, in dem es heißt: „Die Verhandlungen zwischen den an der Lausanner Konferenz hauptsächlich interessierten Regierungen sind noch nicht beendet. Es liegt auf der Hand, daß die Konferenz nicht schon am 25. Jänner, dem provisorisch festgesetzten Datum, eröffnet werden kann. Weitere Verhandlungen finden gegenwärtig statt.“

Die britische Regierung hofft, daß binnen wenigen Tagen eine bescheidende Vereinbarung über das einzuschlagende Verfahren zustande kommt.

Auf eine Anfrage der englischen Regierung, ob Deutschland mit einer Verschiebung der Lausanner Konferenz einverstanden wäre, hat Brüning unter Hinweis auf das Caseler Gutachten und auf sein bekanntes Interview ablehnend geantwortet.

Europa soll sich selbst helfen.

Eine Absage aus Amerika.

Washington, 19. Jänner. (Reuter.) Die Vereinigten Staaten haben durch den Botschafter Edge Frankreich mitgeteilt, daß Europa das Schuldenproblem ohne Eingreifen der Vereinigten Staaten regeln müsse.

Das Staatsdepartement ermächtigte den Botschafter, die französische Regierung davon zu verständigen, daß sich die Vereinigten Staaten nicht mit dem Versprechen eines neuen Moratoriums binden könnten, denn die Parteiführer des Kongresses hätten das Weiße Haus vor einer Verlängerung des Moratoriums gewarnt.

„New York Herald“ schreibt, der amerikanische Standpunkt könne in einem einzigen Satz

zusammengefaßt werden: Europa muß selbst sein Heil suchen. Trotzdem aber sieht das Blatt den Weg zu neuen Zugeständnissen der Vereinigten Staaten nicht absolut verrammelt. Wenn sich auch die Vereinigten Staaten an keinerlei Schuldverhandlungen beteiligten, so wird nichtsdestoweniger erklärt, daß sie aufmerksam jeden konkreten Plan für eine neue Vertagung der Ratenzahlungen der Kriegsschulden oder irgend ein anderes von Europa angebotenes Abkommen, das ins Auge faßt, die heutigen Schwierigkeiten zu beseitigen, erwägen werden.

Rückzug der Verleumder.

Budapest, 20. Jänner. Im Dezember des Jahres 1930 veröffentlichte das nationalsozialistische Blatt „Magyar Szag“ eine Artikelserie, worin die ungarische sozialdemokratische Partei und ihre Führer beschuldigt wurden, von der tschechoslowakischen Regierung, bzw. von der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei Geldbeträge angenommen zu haben.

Die ungarische sozialdemokratische Partei strengte gegen den „Magyar Szag“ sowie gegen 31 andere Blätter, die diese Angriffe reproduzierten, Verleumdungsprozesse an, deren erster, der gegen den „Magyar Szag“ heute zur Verhandlung gelangen sollte. Es kam jedoch heute ein Vergleich zustande, auf Grund dessen der „Magyar Szag“ die Erklärung veröffentlicht, daß das Blatt die Angriffe auf Grund irriger Informationen, die zu überprüfen es nicht in der Lage war, veröffentlichte und sich inzwischen überzeugt habe, daß die erhobenen Beschuldigungen nicht stichhaltig seien. Auch die übrigen noch schwebenden Prozesse werden in gleicher Weise ausgetragen werden.

Ernste Zwischenfälle in Schanghai.

Schanghai, 20. Jänner. (Reuter.) Gestern überfiel eine Gruppe von Chinesen im Norden Schanghais grundlos drei japanische Wänsche und mißhandelte sie dertat, daß die Wänsche ins

Krankenhaus gebracht werden mußten. Der Zustand von zwei Wänschen ist ernst. Heute früh wollten sich die Japaner rächen und schickten sich an, eine Handluchfabrik, vor welcher die Wänsche überfallen worden waren, in Brand zu stecken. Sie warfen brennende Kadern in die Fabrik und lehrten dann in die internationale Konzeption zurück. Auf dem Wege dahin stießen sie mit einer Abteilung chinesischer Polizisten zusammen, welche die Demonstrationen beobachteten. Es entstand ein Kampf, in deren Verlauf ein chinesischer Polizist durch einen Messerstich in die Kehle getötet wurde. Zwei andere chinesische Polizisten wurden schwer verletzt. Drei Japaner wurden durch Revolvergeschüsse schwer verletzt. Einer von ihnen ist im Krankenhaus gestorben.

Die japanische Bevölkerung hielt heute eine öffentliche Versammlung ab, in der sie einen wirksameren Schutz der Japaner durch Kriegsschiffe forderte.

Zustiz im Naziparadies.

Braunschweig, 20. Jänner. Nach den Worten bei dem Faschistentag in Braunschweig im vergangenen Sommer ist nur ein einziger der Täter ergriffen worden, ein Sakentzler namens Hermann. Man hat ihn jetzt nach längerer Beobachtung als geisteskrank erklärt, ihn in eine Krankenanstalt gebracht und außer Verfolgung gesetzt.

Aufreizung zum Klassenhaß.

Hören manche das Wort Agrarier, so stellen sie sich darunter immer einen Mann vor, der mit rauhen, arbeitsgewohnten Händen seine paar Streifen Land bearbeitet, sorgenvoll nach dem Himmel lugt, der ihm in einer Stunde durch ein Unwetter die Frucht einer jahrelangen Mühe und Plage vernichten kann, der in diesen schweren Zeit hart um sein bißchen Existenz ringt und der, da er weiß, daß seine Vordäter einst im Joch der Robot schmachteten, Verständnis für das traurige Los der Armen und Unterdrückten besitzt.

Die agrarische Propaganda stellt mit Vorliebe diesen Typus des Agrariers in den Vordergrund. Doch hat sich, begünstigt durch Bodenreform und Politik, bei uns ein neuer Typ entwickelt, der des politischen Agrariers, der Typ der Restgutbarone, der durch die Politik Aufgestiegenen und Satturierten. Diese Haltung von Agrariern, sie läßt und erntet nicht mit eigenen Händen, sondern sitzt zum Teil behaglich auf den ebemaligen Landstücken des Feudaladels, zum Teil in der Hauptstadt des Staates und kommt, wie dieser Tage unser Prager tschechisches Parteiblatt treffend gesagt hat, nur dann in Berührung mit dem Lande, wenn sie zum festlichen Schweineschlachten dorthin geladen werden, wo sie dann im Auto erscheinen, sich antrinken und anessen und wieder nach Hause fahren. Sie beobachten nicht die Wetterereignisse am Himmel, sondern studieren die Kurszettel der Börse, sie beschließen die agrarischen Zeitungsredaktionen und sitzen in den reichgepolsterten Klubsaalteilchen der Verwaltungsräume der verschiedensten Bank- und Industrieunternehmen. Es ist diese verhältnismäßig kleine Schicht, welche die tschechische agrarische Partei beherrscht, ihren Geist und ihre Politik bestimmt und was schlimmer ist als das: den Staat in ihren Händen hält, der sie selber zu sein glaubt und von dem sie meint, daß er nur ihr und immer wieder nur ihr zu dienen hat.

Es ist der Geist dieser gesättigten und doch niemals sattten Bourgeois, die man kaum mehr Landbourgeois nennen kann, der Ton und Politik der tschechischen Agrarpartei bestimmt. Wie anders wäre sonst die herz- und gewissenlose Hebe zu erklären, die von der agrarischen Presse gegen die Arbeitslosen und das Ministerium für soziale Fürsorge betrieben wird? Nicht erst seit heute, das geht nun schon seit Monaten täglich, unaufhörlich und unermüdet, allerdings hat jetzt diese Hebe ihren Gipfelpunkt erreicht. Seit jeher hat dieser Geist jeden Heller, der nicht für agrarische Subventionen und etwa gar für soziale und humanitäre Zwecke ausgegeben wird, als hinausgeworfen beklagt, doch jetzt, da die durch die Wirtschaftskrise hervorgerufene Not großer Massen die Aufmerksamkeit außerordentlicher Mittel notwendig macht, übersteigen diese Angriffe alles jemals Dagewesene. Es soll nicht verkannt werden, daß sich hinter dieser infamen Hebe gegen die Tatsache, daß der Fürsorgeminister sein Amt nicht in dem Sinne auffaßt, daß er gegenüber der steigenden Not der Arbeitslosen untätig bleibt, sondern seine Kräfte für die Milderung des Loses der vom Kapitalismus ins Analid Gestohlenen gebraucht, — politische Motive verbergen, darunter das agrarische Mißbehagen über die Anwesenheit von Sozialisten in der Regierung, doch was sich hier offenbart, das ist nicht nur Politik, das ist eckeliger Geist des politischen Agrariertums, Geist und Wesen der Restgutbarone, eine Sorte, die seelenruhig die Arbeitslosen verhungern sehen könnte und die, da ein deutscher Sozialdemokrat an der Spitze des Ministeriums für soziale Fürsorge andere menschliche und soziale Auffassungen hat, wie besessen tobt und schreit.

Für ihre Hebe gegen die Arbeitslosen haben sich die Arrangiere dieser Kampagne eine bestimmte Formel zurechtgelegt. Sie schreien über „Mißbrauch“, der mit den Ar-

beitslosenunterstützungen getrieben wird, aber nur notorische Trottel werden die Reaktivität aufbringen, zu glauben, daß für diese Herrschaften, die an ganz andere Mißbräuche gewöhnt sind, die einzelnen Fälle von Mißbrauch — nicht bei der Arbeitslosenunterstützung, sondern bei der Ernährungsaktion — ausreichend sind, um sie so in Harnisch zu bringen, wie dies der Fall ist. Es geht ihnen — und diese Absicht wird kaum noch verbüllt — um die Fürsorge für die Arbeitslosen überhaupt und darum, daß der Leiter des Fürsorgeministeriums nicht eine Puppe in ihren Händen ist. Mit Absicht werfen sie Arbeitslosenunterstützung und Ernährungsaktion in einen Topf, jammern, klagen, wüten über die „Unsummen“, die im letzten Jahre für die Arbeitslosen ausgegeben wurden, zetern über „Kontrolllosigkeit“ bei der Auszahlung der Unterstützung, wobei sie den geringen Prozentsatz von Mißbräuchen als die Regel sich hinzustellen bemühen. Nach ihren Darstellungen, für die sie nicht den Schatten eines Beweises erbringen, haben sich die sozialistischen Vertrauensmänner angewöhnt, die staatlichen Gelder als solche zu betrachten, die ihren Organisationen zur freien Disposition gestellt werden und die sie gemäß ihrer Parteibedürfnisse verteilen.

Wenn es noch irgend eines Beweises dafür bedürft hätte, wie es in dieser fürchterlichen Krisenzeit mit dem Lohne der Arbeitslosen bestellt wäre, wenn im Staate die Bourgeoisie unter Führung der tschechischen Agrarier allein und ungehemmt herrschen würde, die Zügellosigkeit und Roheit der Angriffe der agrarischen Presse gegen das wahrlich bescheidene Maß von Fürsorge, das dem einzelnen Arbeitslosen zuteil werden kann, hätte sie reichlich erbracht. Ist es nicht Zügellosigkeit und Verantwortungslosigkeit, wenn die Deffektivität mit dem Fanfarencrus zum Eingreifen aufgefodert wird, die Staatskassen würden zugunsten der Arbeitslosen geradezu geplündert, so daß die Gefahr ihrer Erschöpfung in bedrohlichster Nähe gerückt sei? An einem einzigen Tage seien — wach eine nichtswürdige Fälschung! — fünfzehn Millionen Kronen zu zweifeln „unkontrollierter Arbeitslosigkeit“ ausgewiesen worden? Ist es nicht eine Erbärmlichkeit, wenn behauptet wird, der Fürsorgeminister, der in dieser Zeit der Wirtschaftskatastrophe das schwierigste Ressort innehat, es mit Selbstaufopferung betreut und der wahrhaftig die hilfreichste Unterstützung aller verdient, die sich noch einen Funken von Menschlichkeit und Anständigkeit bewahrt haben, übertreibe die Arbeitslosenstatistik, um der mehr als durchsichtig andeutenden Absicht fröhnen zu können, bis zum Ruin der Staatskassen die Gelder der Gesamtheit an eine Horde von Unwürdigen, Rußhaltern und Arbeitsheuten vergebend zu können? Und ist es nicht eine Roheit sondergleichen, in dieser Zeit des grauenvollsten Massenelends, von dem die im Warmen sitzenden Führer der Agrarier keine Vorstellung haben, von der Arbeitslosigkeit als von einem „für die Deffektivität unbekanntem Be-

griff“ zu sprechen und sich zu bemühen, den Eindruck hervorzurufen, als wären die armen Opfer der Krise so ziemlich insgesamt Leute, denen ebenso wie den Resignierten jede Arbeit überdrückt? Es gehört ein, sagen wir: Mut dazu, deshalb, weil die nicht im Bezüge der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung Stehenden und die bereits Ausgesteuerten ab und zu, um sie vor dem Verhungern zu schützen, zehn, sage zehn Kronen Unterstützung erhalten, von einem „Run auf die Staatskassen“ zu sprechen! Ein Mut, um den kein anständiger Mensch die Urheber der Bege beneiden wird!

Vor kurzem hat die agrarische Presse selber das Vorhandensein von 300.000 Arbeitslosen im Staate zugegeben. Daß es seither mehr geworden sind und daß die Aufwendungen für sie naturgemäß größer sind, das ist sicher nicht die Schuld des Fürsorgeministers, eher schon die der Agrarier, welche das Zustandekommen von Handelsverträgen erfolgreich zu verhindern gewußt haben. Dennoch

erdreistet sich diese selbe agrarische Presse, jetzt von einem „unbekanntem Begriff der Arbeitslosigkeit“ zu sprechen. Was diese Presse unter der direkten Weisung der erwähnten Gruppe agrarischer Führer treibt, das ist aufgelegte Aufreizung zum Klassenhaß, eine Form, die zu verhindern allerdings keinem Staatsanwalt beifallen wird. Man zeige uns noch ein Land, in dem angesichts des durch die Krise hereingebrochenen Massenelends etwas Ähnliches wie diese Hege gegen die Arbeitslosenfürsorge möglich wäre! Nein, das gibt es nicht! Den Rekord schlagen wir. Und die Partei, die solches tut oder doch duldet, nennt sich Staatspartei, ja sogar die Staatspartei, die das Recht besitzt, Reklamen über die richtige staatsbürgerliche Gesinnung auszustellen, desselben Staates, der sich in einen Dexterkessel von Verzweiflung, brodelnder Leidenschaften, wilderster Wutausbrüche der ausgehungerten Volksmassen verwandeln würde, wenn es nach den Wünschen dieser Herren ginge. W. N.

Zurück zum Liberalismus?

Das Krisenproblem steht im Mittelpunkt aller gegenwärtigen volkswirtschaftlichen Betrachtungen. Nun, sagt mancher, es gab doch auch früher Krisen, die Krisen sind ja eine notwendige Erscheinung in der kapitalistischen Wirtschaft und doch wurden bisher alle Krisen vom Kapitalismus selbst gelöst. Sollte das nicht auch von der gegenwärtigen Krise gelten? Dazu muß gesagt werden, daß prinzipiell gewiß jede Krise mit kapitalistischen Mitteln lösbar ist, die eine leichter, die andere schwerer. Es kommt bei jeder Krise nun darauf an, ob die Menschen, vor allem die Arbeiter, gewillt sind auf die automatische Lösung der Krise zu warten oder ob sie aus der Krise eine neue Gesellschaftsform aufsteigen lassen. Krisen wurden bisher immer gelöst durch Kapitalentwertung. Die Preise der Waren, die Zinssätze sanken so lange, bis die Löhner aufgebraucht wurden und ein neuer Anreiz zur Produktion entstand; technische Neuerungen, Erweiterung des Außenmarktes durch Erschließung neuer Wirtschaftsgebiete erleichterten und beschleunigten die Lösung der Krise. Wir wollen nun an einigen Beispielen zeigen, warum die gegenwärtige Krise besonders schwer lösbar ist. Erstens treffen diesmal Agrar- und Industrie-Krisen zusammen. Noch in anderer Bedeutung trägt die Krise einen univiersellen Charakter. Der Kapitalismus hat seinen Umfang bedeutend erweitert, er hat das kleine Gewerbe vielfach vernichtet, er hat die rückständigen vorkapitalistischen Länder Osteuropas und Asiens zu industrialisieren begonnen. Ein viel größerer Teil der Menschheit ist heute in den kapitalistischen Nexus verstrickt, ein viel größerer Teil der Erde leidet daher heute unter der kapitalistischen Krise als früher, ein viel kleinerer Teil harret noch der kapitalistischen Erschließung. Man braucht kein Anhänger der Luxemburg-Sternborschen Zusammenbruchstheorie zu sein, um doch anzuerkennen, daß hier ein selbstverschärfendes Moment vorliegt. Gewiß könnte heute eine Industrialisierung Chinas und Indiens ein Ventil bieten, aber politische Umstände verhindern die Ausnützung dieser Möglichkeit.

Noch ein weiterer Faktor erschwert die Krise. Die Automatik des Krisenablaufs sind gebremst durch die Preispolitik der Kar-

telles, durch die Zollpolitik, in gewissem Sinn auch durch die gewerkschaftlichen Errungenheiten, durch die Tariflöhne. Die bürgerlichen Regierungen wollen dies: Gebundenheit, die die Krise verlängert, lösen. Mit großer Entschiedenheit rufen sie den gebundenen Löhnen an den Leib. Ob sie es in England durch die Geldentwertung tun, der keine Lohnerhöhung folgt, oder ob sie es in Deutschland durch Herabsetzung der Nominallöhne bei gleichbleibendem Geldwert tun, in beiden Fällen sinkt das Realeinkommen des Arbeiters. Aber die bürgerlichen Regierungen gehen sehr zögernd vor bei der Senkung der Preise. So sinken die Löhne schneller als die Warenpreise, besonders als die Marktpreise. Die Staaten senken die Löhne ihrer Arbeiter, um durch Verbilligung ihrer Produktionskosten auf dem Weltmarkt einen Vorsprung gegenüber ihren Konkurrenten zu erreichen. Aber jeder Staat tut das gleiche. Dem Lohndumping des einen folgt das Balutadumping des anderen. Gleichzeitig bewirkt aber die Lohnsenkung eine weitere Schwächung des inneren Marktes durch die Verringerung der Kaufkraft der breiten Massen. Da dies aber in allen Staaten der Fall ist, verringert sich auch der Gesamtumsatz des Weltmarktes, versiegen die Exportmöglichkeiten, die Opfer wurden umsonst gebracht. Der Kampf aller gegen alle in der Handelspolitik endet mit allseitigen Verlusten, sein einziges Resultat ist eine weitere Desorganisation der Weltmärkte, verstärktes Mißtrauen, vergrößertes Elend. Das ist die traurige Bilanz des „organisierten“ Kapitalismus. Er konnte die Krise nicht verhindern, er schuf nur größere Wirtschaftseinheiten, die miteinander konkurrieren; da aber auch der „organisierte“ Kapitalismus den Widerspruch zwischen der schnellen Entfaltung der Produktionskräfte und der viel langsameren Entwicklung der Konsumfähigkeit nicht aufhebt, ja diesen Widerspruch noch schärfer herausarbeitet, ruft er nicht nur schwerere Krisen hervor, sondern erschwert durch die Starrheit der Preise auch ihre Ueberwindung.

Wir können der Kritik der Reoliberalen an der gegenwärtigen Phase des Kapitalismus, die eine Publikation der „Frankfurter Zeitung“ als „Planwirtschaft“ bezeichnet, also beipflichten, aber wir können ihnen nicht folgen, wenn sie das

Arbeiter. kümmert auch um eure Jugend! Unterstützt die Kinderfreundebewegung und die Jugendorganisation.

Der Sozialismus beginnt nicht in der Versammlung, sondern in der Familie!

Rad der Geschichte zurückdrehen, der Politik des gebundenen Kapitalismus die der ungehemmten freien Konkurrenz entgegenzusetzen wollen. Eine solche Zielsetzung ist erstens illusionär, denn starke Gegenkräfte wirken wider sie. Die Kartellmonopolen auf der einen, die Großagrarier auf der anderen Seite hätten angstreich ihre Positionen, werden in einen vollständigen Zollabbau nie einwilligen. Es kann auch kein Staat diesen Weg beschreiten, ohne die Gewähr zu besitzen, daß die anderen ihm folgen werden und wer würde heute noch den naiven Glauben hegen, daß die kapitalistischen Staaten sich untereinander einigen könnten die Zollmauern niederzureißen, die Wanderungsbeschränkungen aufzuheben? Sie können es gar nicht tun, denn eben weil die Grundtatsache der kapitalistischen Wirtschaft, die Festlosigkeit der breiten Massen, immer wieder jenen Widerspruch zwischen der Entfaltung der Produktivkräfte und dem Nachhinken der Konsumfähigkeit gebärt, muß die Kapitalistenklasse jedes einzelnen Staates versuchen, einen möglichst großen Teil des realisierbaren Profits, einen möglichst großen Teil des Weltmarktes für sich zu ergattern. Die Parole der vollkommenen kapitalistischen Freizügigkeit ist aber nicht nur illusionär, sie ist auch reaktionär. Sie müßte beim heutigen Stand der Technik, bei dem Ueberangebot von Arbeitskräften die Arbeiter in eine ungunstige Lohnposition auf dem Markt versetzen, zum Abbau der Löhne führen, den Kurs der Ware Arbeitskraft senken. Nein, das Proletariat hat kein Interesse der Romantik der „guten alten Zeit“ zu erliegen, seine Aufgabe kann es nicht sein, zu überwindenen Normen der Wirtschaft zurückzukehren zu wollen. Bedeutete der gebundene, schutzjüngerische Sozialismus die Antithese zum Randeoliberalismus, so können wir uns aus den Räten unserer Zeit nicht durch Rückschritt, sondern nur durch den Fortschritt zur Spitze, zum Sozialismus befreien. Wir leben der heutigen „Planwirtschaft“ nicht die Planlosigkeit des Liberalismus, sondern die Planmäßigkeit des Sozialismus gegenüber. Wie der Weg dazu beschaffen sein muß, ob er über das Zwischenstadium des Staatskapitalismus führt, wie so ein Staatskapitalismus beschaffen sein müßte, die geistige Bewältigung dieses Problems gehört zu den wichtigsten Gegenwartsaufgaben der Sozialdemokratie.

Dr. S. Hoffmann.

Aufschwung der spanischen Gewerkschaftsbewegung

Direkten Berichten aus Spanien zufolge kann die freie Gewerkschaftsbewegung dieses Landes seit der Revolution einen erfreulichen Aufschwung verzeichnen: der freigezwungene spanische Gewerkschaftsbund, der vor dem Austritt 275.000 Mitglieder meldete, ist im Begriff, die erste halbe Million zu überschreiten. Wenn man bedenkt, einen wie kleinen Anteil die Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren an der Entwicklung der Ereignisse in Spanien nahm, so ist dieses Resultat nicht übertrieben. Daß die günstige Entwicklung ihren Fortgang nimmt, zeigen die Veröffentlichungen des Parteibüros „El Socialista“ und des Mittelstellenblattes der gewerkschaftlichen Landeszentrale, die fortlaufend über den Eintritt neuer Mitglieder berichten.

Jan Hus / Der letzte Tag

Ein geschichtlicher Roman v. Oskar Wöhrlé

(Verlag „Der Bücherfreund“, 8. u. 1. d. Berlin 1931)

Schon unterscheidet er Bank und Tisch und allerhand dunkle Gestalten. Wie zusammengeballte Klumpen sitzen sie da. Aber jetzt, da ihm, wie von einer Sehne gezogen, alle der Anwesenden auf einen Schlag ihre Gesichter zuwenden, fällt das Bild des Schwertes und er erkennt, mit raschem Blick über sie hinstreifend, die meisten.

Da, ihm gegenüber, nah, mit der Hand zu greifen, Herr Jan von Chlum, genannt Kępla, der im verwischenen November Hus von Prag nach Konstanz geleitete.

Neben ihm Peter von Modenowicz, Kęplas Sekretär und Sekretär, den sie der Einfachheit halber nur den Notar heißen.

Sinkt, am Eck des Tisches, Herr Hindrich von Plumbow, und, ihm benachbart, Herr Wilhelm Jajice mit der verkrüppelten Schwerthand. Wo das Gelenk liegen soll, ist nur ein fleischerer Stummel, an dem die Finger klein und nutzlos hängen, wie eingetrocknete Sachelbeeren. Aber Herr Wilhelm kann links um so besser hauen. Jizka weicht es von monchem Turniergang her.

Rechts, wo die Häßer stehen, Herr Heinrich von Chlum nach seiner Stammburg der Lacemboc genannt. Dazwischen Wenzel von Duda auf Lesna, auch diese beiden Herren männiglich bekannt als Hussens Beschützer und Geleiter. Auf der Längsbank, aneinandergereiht wie Orgel Pfeifen, die mächtigen Herren.

Auch Herr Wukla ist da, und das Bochen sprengt ihm die kaum halb verheilte Wunde auseinander, als er Jizka erkennt. Dabei läßt sein Schnurrbart wie eine Henschrecke, die hoch will.

Da streckt Kępla, vom ersten Erstaunen erholt, die Hände aus:

„Bruder!“ ruft er, „in unser aller Namen willkommen!“

Die beiden umarmen sich mit einer Kraft, als wollten sie sich die Rippen brechen.

Dann tritt Jizka zu den anderen an den Tisch. Hug von Schönwald und der glatzköpfige Albrecht Seydenstrang rücken die Bank zurecht; Buob Fronberger, Gerso von Chalm und dessen Bruder machen ihm Platz. Kein anderes Geräusch ist zunächst zu vernehmen als Handschlag auf Handschlag.

Kirrend Geräusch, wie Schellen im Chor bei der Wandlung.

„Ah, tut die Bank gut!“ sagt Jizka und streckt die zerrissenen Glieder.

Fragen summten jetzt auf ihn los wie Bremsen und lautstüßige Hummeln. Der Ritter macht eine Bewegung, als ob er sie mit der Hand verscheuchen wolle:

„Ich sehe Wein in der Kanne! Vacht mich erst mal den Gaumen verfühlen. Ich bin heut, bei Weichung der Nacht, aus Ravensburg weggetrobt und habe seitdem außer einer Schüssel Pirabrei noch nichts hinterm Halszapfen!“

Hoddal von Währen schiebt einen Becher hinüber, der von Lacemboc lang nach der Lunte und schenkt ein. Wie ein oolbener Strohl läuft der Bierlinger aus dem hellen Jizka in das rauchere. Während er noch bornstüßig glänzt im Scheine des Lichts, fragt Jizka:

„Nächst wie steht es mit Hus?“

„Schlecht!“ sagt der Notar.

Dieses „Schlecht!“ fällt wieder mit der Schwärze eines Richtschwertes, das auch dem letzten Strang Hoffnung das dünne Hälslein abschneidet.

Jizka, der den Becher auf einen Zug geleert und hart hingestellt hat, verpöht ob dieser Antwort gänzlich das Sippenwischen und das so gern geübte köstliche Nachschmecken des Weines mit der Jungenspiße.

„Schlecht?“ fragt er in einem Tone, als ob er sich verhört habe.

„Jawohl, schlecht!“ bestätigt der lange Notar und schaut eindringlich seine Fingerringel an, als ob er aus deren schwarzen Rändern Kraft fände zum Weiterreden. „Wir haben sichere Kunde, dem Konzile wird morgen von den Vätern das Urteil gesprochen.“

„Unmöglich!“ fährt kirrend der Ritter auf, und sein Auge fängt zu glösten an wie Glas, in die gefammelt der Wind weht.

Kępla stimmt seinem Sekretarius mit bitterem Lachen bei. Stark preßt er die Handflächen zusammen. Es scheint, als ob er zornig etwas zerdrücken will. Er kehrt sich voll zu Jizka.

„Unmöglich, sagst du. Dieser Antwort hören wir an, daß du lang aus der tiefigen Pfaffenluft weg warst. Wisse denn, Bruder, bei diesem Konzil und dessen Beschlossenheit ist nichts unmöglich!“

„Besonders nicht, wenn es gegen uns Böhmen geht!“

Dieser leidenschaftliche Schrei kommt aus der dunkelsten Ecke. Jizka sieht das Gesicht des Rufenden nicht, aber er kennt diese Stimme. Bei Hlodo und bei Pantra hat er sie gellen hören. Unverkennbar prägte sie sich ein. Der junge Sternberg ist das, Siechpeter genannt. Im Herrenhausen immer in vorderster Reihe, draussehend, lospfeifend, von einer Unbekümmertheit, als wäre der Groschen schon genommen und alles erforscht. Am Rot dagegen sonst immer im Schatzen der Nachhut.

„Unmöglich, daß Hus Leides getan werde!“ Jizka schlägt an die Tasche, die ihm am Koller hängt. „Unmöglich, denn ich trage hier die Dokumente, um die ihr mich schidtet, ein Schreiben König Wenzels und ein Einprüd an das wählende Konzil, von über zweihundert Rittern und Freiherren Böhmens gezeichnet!“

Er legt die Tasche auf den Tisch, knüpft sie

auf, entnimmt ihr die Dokumente und breitet diese aus. Peter, der Notar, schiebt ein Licht heran, um besser lesen zu können. Bedächtig fährt er mit dem Zeigefinger die Schriftzeilen ab. Vierzig Augen folgen dieser Bewegung.

„Schade um das schöne Pergament und schade um die schöne Tinte!“ durchdringt er zum Schluß ein wenig spöttlich die Stille. „Böhmen und Böhmens Adelschoft ist weit! werden die frommen Väter sagen. Der Keger aber ist nah. Besser die Ganz in der Hand, als zweihundert Schwäne im böhmischen Land! Wie hat doch dieser meinelidige, abtrünnige Schuft Palecz gestubelt: Du bist im Eisen, Hus, und wir werden dich nicht lösen, bis du auf Heller und Pfennig bezahlt hast!“ Das heißt also Sterben! Soviel verzieh ich mein Kirchenlatein! Ja, anders stünde die Sache, wenn die Herren ihre Wehr geübt hätten, statt der Unterschriftsfeder. Mit den Waffen hätten sie Lärm machen müssen! Das ist die einzige Sprache, die die im Dienste der Kirche hart gewordenen Pfaffenohren heutzutag noch verstehen. Mit Pergament und Geseigeltem konntst du gegen sie nicht mehr an. Die wehrtaug- und hochmuthstüßende Bande macht damit, was sie will!“

„Und Hussens freies Geleit, von Sigmund bestätigt.“

Kępla schnippt verächtlich mit den Fingern: „Der Luxemburger hat es gebrochen, wie alles, was er verspricht!“

Der Notar, den Unglauben und Zweifel lebend, der Jizka in Wellenfältchen ums Auge läßt, stimmt bekräftigend bei:

„Ja, Ritter, Kępla, mein Herr, hat recht. Hier sind alle Säulen eingestürzt, die die Welt noch hielten. Dieses verdammte Stück Erde, das das Konzil trägt, diese Synagoge des Antichrist, das ist kein Ort der Frommheit, kein Ort der Erneuerung der Kirche, das ist eine Stätte der Eiskälte, ein Wald des Hinterhalts, eine Landstocher des Betrugs.“

(Fortsetzung folgt.)

Hinauswurf der kommunistischen Führer in Württemberg.

weil sie statt der Sozialdemokratie die Hakenkreuzler bekämpften!

Der Hauptkampf ist gegen die Sozialdemokratie zu richten! So steht es nicht nur in hundert Beschlüssen der kommunistischen Internationale und in hunderten nachgefolgten Entschuldigungen kommunistischer Landeszentralen, sondern die Beschlüsse werden auch in die Tat umgesetzt. Und wer nicht Diktator pariert, wer da als kommunistischer Führer etwa glaubt, daß der Feind, der rechts steht und der immer führer wird, nämlich der Faschismus, die Kampfkraft der kommunistischen Arbeiter erfordere, der sitzt unbarbarisch.

Das ist nicht neu und oft belegt. Aber das jüngste Beispiel, nämlich das aus der kommunistischen Praxis in Württemberg, überragt doch an Deutlichkeit und Eindringlichkeit seine Vorgänger. In Württemberg wurden jetzt über Betankung des Zentralkomitees der KPD, die bisherigen kommunistischen Parteigrößen, die gefahren von Stuttgart aus noch unbeschränkt herrschten, mit einem Male radikal abgesetzt wegen ihrer „opportunistischen Abweichungen und Schwankungen von der Generallinie der Partei“ während der württembergischen Gemeindevahlen.

Bei diesen Taten sei das „strategische Hauptfeuer“ gegen den Nationalsozialismus statt gegen die Sozialdemokratie gerichtet worden. Durch die Parole „Kommunisten ins Rathaus“ seien bei den Arbeitern „parlamentarische Illusionen“ erweckt worden.

Und deswegen wurde in einer zweitägigen Sitzung der Bezirksleitung Württemberg, natürlich unter Führung eines Delegierten des Zentralkomitees, „das Steuer herumgerissen“ und der

Reichstagsabgeordnete Schlaffer, der Landtagsabgeordnete Schmid und der dritte kommunistische württembergische Führer Velleman ihrer Ämter enthoben!

Wo? Weil diese Führer die Nationalsozialisten bekämpften, wurden sie abgesetzt; weil ihnen in den Stunden und Tagen der höchsten Gefährdung der Arbeiterbewegung und eines freien Deutschland durch die Hitleristen der Kampf gegen diese wichtiger schien als die Dege gegen die Sozialdemokratie, müssen sie jetzt weichen. Rüssen weichen neuen Männern, die Klavisch den Willen des Volkes und seiner Berliner Akte auszuführen bereit sind und die auf einen Wirt von eben noch hemmungsloser der Sozialdemokratie in ihrem Kampf gegen die faschistische Reaktion in den Rücken stellen wollen.

Die Ablenkung der kommunistischen Arbeiter von ihrem natürlichen Kampf gegen den Nationalsozialismus bedeutet natürlich dessen Stärkung; bedeutet diese Stärkung doppelt, denn der Kampfwillen der württembergischen kommunistischen Arbeiter wird jetzt noch hemmungsloser gegen die Sozialdemokratie gelenkt werden. Die dadurch in ihrem Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus geschwächt wird. Mit einem Wort: die württembergischen Kommunisten werden wahrhaftig zu Steinhügelhaltern Adolf Hitlers gemacht.

Und das nennt sich „revolutionäre“ Taktik!

Neukonstituierung der öffentlichen Bildungsausschüsse.

Das Ministerium für Schulwesen und Volkshilfe hat einen Erlaß über die Neukonstituierung der öffentlichen Bildungsausschüsse hinausgegeben. Die Konstituierung soll bis Ende Februar durchgeführt sein. Nach den gesetzlichen Bestimmungen gehören dem Bezirksbildungsausschuss an: je ein sachmännlich geeigneter Vertreter der im Bezirke vertretenen organisierten politischen Parteien, je ein Vertreter der Selbstverwaltungskörper (Gemeinde, Bezirk), zwei Vertreter des Bezirksbildungsausschusses, weitere Vertreter der bedeutendsten Vereine (z. B. Leservereine, Volkshilfsvereine), die sich mit allgemeinen Bildungsbestrebungen als Hauptzweck betätigen, schließlich ein Vertreter aller anderen Vereinigungen, die sich teilweise auch mit Volkshilfe betätigen (Turn-, Gesang-, Geselligkeitsvereine). Den Gemeindevorstellungen wird empfohlen, möglichst die bisherigen tätigen Vorsitzenden oder Geschäftsleiter der Ortsbildungsausschüsse in den Bezirksbildungsausschuss zu entsenden. In der konstituierenden Sitzung sind auch der Vorsitzende, der Geschäftsleiter und Kassier des abtretenden Ausschusses einzuladen, damit sie über ihre Tätigkeit Berichte erhalten. Kassabücher, Rechnungsbelege, Protokolle und das Inventarverzeichnis sind vorzulegen und dem neuen Ausschuss zu übergeben. Das Plenum des BA wird zweckmäßig auf etwa 20 Mitglieder, der geschäftsführende Ausschuss auf etwa sechs Mitglieder beschränkt.

Selbständige Minderheitsbezirksbildungsausschüsse sind in Bezirken zu errichten, deren nationale Minderheit nach der letzten Volkszählung mindestens 2000 Mitglieder zählt. Vertreter zur Konstituierung entsenden nur jene Gemeinden, in denen die nationale Minderheit 200 Mitglieder zählt oder den 10. Teil der gesamten Einwohner der Gemeinde ausmacht. Die Vertreter der Gemeinden müssen Angehörige dieser Minderheit sein. In Bezirken mit weniger als 2000 Mitgliedern einer nationalen Minderheit konstituiert der benachbarte BA, derselben Nationalität den Sprengelbezirksbildungsausschuss, welcher organisatorisch diesen Bezirk angliedert.

Agrarische Erzele.

Ungehörte Beschimpfungen der Arbeitslosen und des Ministers Czoch.

Die agrarische Presse feht nach der kurzen Atempause eines Tages die Angriffe gegen die Arbeitslosen und gegen den Minister für soziale Fürsorge Dr. Czoch fort. In einer ganz ungewöhnlich ordnativen Weise schreibt der „Peter“, die Abendausgabe des agrarischen Zentralorgans:

„Vor allem würden wir wünschen, daß das Gesetz über die Arbeitslosenunterstützung verbunden werde mit einem

Gesetz über die Zwangsarbeit.

Das bedeutet, daß es unumgänglich notwendig ist, festzusetzen, daß derjenige, der eine Arbeit ablehnt, aus dem Bereich der Unterstützung gestrichen wird. Es geschieht oft, daß ein gesunder, starker Mensch Arbeit anzunehmen nur deswegen ablehnt, weil er für die Arbeit um 1 Krone weniger bekommen würde, während er als Arbeitsloser eine Unterstützung bekommt, die um eine Krone mehr beträgt.

Man kann nicht leugnen, und auch der Minister Dr. Czoch bemüht sich nicht, es abzubreiten, daß verdächtige und notorisch faule Individuen Arbeitslosenunterstützung nehmen.

Heute bekommen Arbeitslosenunterstützung Leute, von denen bekannt ist, daß sie sich durch Jahre hindurch nur von Gelegenheitsarbeiten ernährt haben. Sie haben Koffer von den Bahnhöfen getragen, die Türen der Autos aufgemacht, Handwagen gezogen usw.

Aber das sind wenigstens Leute, welche hier und da gearbeitet haben. Besser ist,

daß nach dem heutigen unkontrollierten System Juhälter Arbeitslosenunterstützung beziehen

können und auch beziehen. Solche Menschen verstehen es, sich des Nachts Geld zu beschaffen und bei Tag geben sie als Arbeitslose um Unterstützung.

Es gibt aber noch einen ernstlichen Umstand, der den Mißbrauch der Arbeitslosenunterstützung ermöglicht. Viele sozialistische Vertrauensmänner haben sich gewöhnt, Staatsgelder als Gelder zu betrachten, die sozialistischen Organisationen zur freien Verfügung stehen. Sie unterschreiben

ofters Anmeldungen, ohne Erhebungen, irgendwo an der Mauer, und das sofort, wenn ihnen ein hartnäckiger, aber unbedachtiger Geschäftler droht, daß er zur Konkurrenzpartei übergeht.

So werden Hunderttausende auf Kosten der berechtigten, parlamentarischen Arbeitslosen hinausgeworfen, auf Kosten jener, welche mit Fremden arbeiten würden, wenn ihnen nur irgend jemand Arbeit antragen würde.

Wir stellen fest, daß das Regime des Fürsorgeministeriums unglücklich und für die Republik in dieser Hinsicht geradezu katastrophal ist. Wir sagen ehrlich und offen.

es ist nicht möglich, daß in dieser kritischen und heißen Zeit ein so wichtiges Ressort, wie es das Ministerium für soziale Fürsorge ist, in den Händen einer mehr als einseitig engagierten Person ist.

Herr Dr. Czoch hat aus eigener Tasche — so wie wir wissen — für die Unterstützung der Arbeitslosen keine Krone hergegeben. Aber aus staatlichen Geldern schöpft man lustig darauf los.

Wir schreiben das alles im höheren Staatsinteresse.

Es kann nicht gebildet werden, daß unter dem Vorwand der Arbeitslosenunterstützung aus öffentlichen Geldern Tagelöhner, arbeitscheue Elemente, Juhälter, Berufsbettler, ja Diebe bezahlt werden.

Niemand prüft die Vergangenheit noch der Lebensweise derjenigen, die Arbeitslosenunterstützung verlangen, niemand kümmert sich darum, ob öffentliche Gelder verlossen werden oder ob die Arbeitslosenunterstützung nicht als Zubuße zum Einkommen von oft sehr gefährlichen Berufsbettlern verwendet wird.

Was zu derartig gemeinen Beschimpfungen der Arbeitslosen, die da als Auswurf der Menschheit hingestellt werden, obwohl sie schuldlos in Arbeitslosigkeit geraten sind sowie gegen derartige unerhörte persönliche Angriffe, wie sie gegen den Genossen Dr. Czoch erhoben werden, zu bemerken ist, jagen wir an leitender Stelle.

Brüning wird das Feld nicht räumen.

Berlin, 20. Jänner. Das Geschrei der Hakenkreuzpresse nach dem sofortigen Rücktritt Brüning ist auch heute nicht verstummt. Die nationalsozialistische Korrespondenz in München veröffentlicht einen weiteren heftigen Angriff auf die Regierung Brüning, die nicht mehr fähig sei, irgendwelche außenpolitische Verhandlungen zu führen.

Darauf antwortet die Zentrumskorrespondenz, Brüning werde das Feld nicht räumen, denn Hitler habe absolut kein Recht auf die Macht. Er werde sie auch in einer Neuwahl nicht erringen, sondern werde immer in der Minderheit bleiben.

Kommunistische Manöver.

Getreu den von der Zentrale der KPD herausgegebenen Richtlinien organisieren die Unterläufer der Bolschewiken überall, wo sie halbwegs Einfluß haben, Kundgebungen der Arbeitslosen. Die Kerntren der Armen sind für die Kommunisten nach ihrer Ansicht das geeignete Menschenmaterial, mit dem sie nach Belieben exerzieren können.

Bekanntlich ist der allergrößte Teil der Arbeitslosen nicht gewerkschaftlich organisiert, entbehrt also durch eigene Schuld einer stärkeren Hilfe. Diese Arbeitslosen sind leicht geneigt, auch solchen Forderungen zuzustimmen, die unter den heutigen Machtverhältnissen leider nicht durchsetzbar sind, wobei die trübe Wirtschaftslage, die sich auch in den Finanzen des Staates und der Selbstverwaltungskörper fühlbar macht, ebenfalls eine große Rolle spielt.

Die kommunistische Presse ist derzeit angefüllt mit Berichten über Arbeitslosenkundgebungen, Ankündigungen von Bezirksaußmärschen, Einheitsfronten und dgl. mehr. Wie weit die Kommunisten in ihrer aufspeisenden Agitationsmethode gehen, zeigt die Bemerkung des Reichsdeputierten „Vorwärts“, daß in Wasserburg zur Unterstützung der kürzlich arbeitslos gewordenen Einzel-Arbeiter ein allgemeiner Schulstreik durchgeführt werde!

Die ohnedies große Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei wird absichtlich von der kommunistischen Presse übertrieben. Die „Internationale“ und der „Vorwärts“ behaupten schamlos, daß es „mindestens eine Million Arbeitslose gibt, die mit ihren Familienangehörigen eine Hungertarmee von 3 Millionen bilden“. Es ist offensichtlich, daß die Kommunisten die Arbeitslosen in eine derartige Psychose hineintreiben wollen, daß sie den Mächtern der Kommunisten willenlos parieren. Dabei sind es immer wieder dieselben Parolen: nicht gegen die Kapitalisten geht es, sondern in erster Linie gegen die „Sozialfaschisten“, gegen die Sozialdemokraten. In ganz unglaublicher Weise wird Minister Dr. Czoch beleidigt — derselbe Mensch, vor dem kommunistische Deputationsen massenhaft erschienen, um von ihm mehr zu bekommen, als er auf Grund der Ministerrottsbeschlüsse geben kann. Nachher wird er erst recht beschimpft! In

Vor der Ausweisung der Jesuiten aus Spanien.

Paris, 20. Jänner. Nach einer Plättchenmeldung aus Madrid hat der von der Regierung eingeleitete Justizenausschuss zur Prüfung der Frage der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit der Ausweisung der Jesuiten diese Frage bejaht. Voraussetzungen werde nun demnächst eine Verordnung des Justizministers über die Auflösung des Jesuitenordens in Spanien erscheinen. Aus Logola wird mitgeteilt, daß mehr als 200 Jünglinge und Professoren des dortigen Jesuitenkollegiums bereits Vorbereitungen zur Abreise treffen. Es verlautet aber, daß einer gewissen Anzahl von Jünglingen gestattet werden wird, weiter im Kolleg zu verbleiben.

der letzten Zeit werden die Gemeinden mobilisiert, die Kosten der Arbeitslosenrepräsentationen nach Prag zu bezahlen. Gar manche Gemeinde, die das Geld für die eigenen Arbeitslosen dringend braucht, hat sich mißbrauchen lassen, hunderte Kronen für durchaus überflüssige kommunistische Delegationen herzugeben. Dem Gen. Dr. Czoch braucht wirklich kein Kommunist zu erzählen, daß die Not der Arbeitslosen schlimm ist; das weiß er selbst und tut, was er kann. Der kommunistische „Dan“ dafür ist in der kommunistischen Presse zu lesen. Dort steht z. B. in größten Lettern: „Minister Czoch dekretiert den Hungerlohn für die Arbeitslosen!“ Ist das nicht toll? Dabei handelt es sich lediglich um Beschlüsse des Ministerrates gegen die festgestellten Mißbräuche der Lebensmittellaktion, wie sie speziell in Landgemeinden und dort zu verzeichnen waren, wo Kommunisten kontrollos herrschten.

Der neueste Schlag der Kommunisten für die Arbeitslosen ist der — Reichsausschmarsch. Die kommunistischen Zeitungen propagieren dafür in folgender Weise.

„Eine Million arbeitslose Arbeiter, zwei Millionen Unzufriedene, Kurzarbeiter und beschäftigte Arbeiter stellen eine ungeheure Kraft dar. Wenn diese Kraft die Betriebe einstellt und die Straßen überflutet wird, dann wird über die Forderungen der Arbeiterschaft entschieden werden. Und deshalb: Bereitet den Kampftag des Reichsausschmarsches der gesamten Arbeiterschaft vor! Einmarsch auf die Straßen, zu neuen MassenDemonstrationen, zu neuen Siegen!“

Das Ganze läuft im Grunde genommen auf eine Art Generalstreik hinaus. Angesichts der Erfolglosigkeit der jüngsten Generalstreikparole der Kommunisten Deutschlands wählt man vorstichtigerweise einen anderen Ausdruck: Reichsausschmarsch. Doch, ob so oder so, — die denkende Arbeiterschaft wird sich hüten, sich in ein Abenteuer zu stürzen, das rein parteipolitischen Zwecken dient und zwar die kommunistische Partei hochzubringen. Die eigentliche Arbeit zugunsten der Erwerbslosen verbleibt aber nach wie vor den bewußt verheimlichten Sozialdemokraten, in erster Reihe dem zwar vielgeschmähten, aber tatkräftigen und erfolgreichen Minister Dr. Czoch...

Gar nichts passiert, wenn die Kommunisten demonstrieren!

Wir haben angesichts der Verbotspraktiken der Behörden gegenüber kommunistischen Straßendemonstrationen immer wieder darauf hingewiesen, daß diese Schikanen und Zusammenbrüche nicht nur sinnlos sind, sondern im Gegenteil der kommunistischen Führung eine willkommene Gelegenheit zur Agitation und zu Ausreden bieten. Das wird durch ein Beispiel berichtet, über das uns aus Neudorf im Erzgebirge berichtet wird.

In der Industriestadt Neudorf ist erst in der jüngsten Zeit eine bedeutende Verschärfung der Strafen eingetreten. Die RAB, die bis vor kurzem mit voller Belegschaft (an 4000 Arbeiter) beschäftigt war, ist in den Zusammenbruch des Bahnsenkonzerns einbezogen worden und hat einen Großteil ihrer Arbeiter entlassen, bzw. Festerknoten eingeführt. Das Eisenwerk Neudorf soll völlig stillgelegt werden. Die Kommunisten bereiten bekanntlich im Zusammenhang mit der Verlegung des Rothauer Werkes seit Jahr und Tag eine wütende Dege gegen die Sozialdemokratie, eine Dege, die soweit ging, daß sie bei der Direktion vorsprachen, sie möge den sozialdemokratisch organisierten, bzw. freigewerblich organisierten Arbeiter die Werkunterstützung entziehen. Nun schien die Verschärfung der Strafen eine Gelegenheit für die Kommunisten, von neuem mit ihrer Dege einzusetzen. Sie beriefen eine Bezirksdemonstration ein und die Behörde bewilligte ihnen Versammlung und Umzug in Neudorf.

Was geschah? Broch die Revolution aus? Wurde jemandes Eigentum beschädigt? Nichts dergleichen. Es erschienen bei der kommunistischen Demonstration insgesamt gezählte 1260 Personen (unser Genossen kontrollierten die Haltung mehrmals), der größte Teil nicht aus Neudorf, sondern, etwa 800 Personen starr, aus Bärzingen und den umliegenden Orten an der sächsischen Grenze, wo die RAB seit der Spaltung eine gewisse Position hat. Nur fand eine Versammlung unter freiem Himmel statt, die kommunistischen Redner schimpften nach Herzenslust auf die Sozialdemokraten, die an allem schuld seien, und dann marschierte man durch die Stadt. Weil aber weder die Mauer einstürzte wie beim Umzug der Juden in Jericho, noch sonstige die Ordnung erschüttert wurde, jagen sie halt noch einmal und dann ein drittesmal durch die Stadt. Diese Spaziergänge waren das einzige Ergebnis der Demonstration. Bei der Bevölkerung hinterließen Aufmarsch und Reden der Kommunisten die Ueberzeugung, daß die also rein gar nichts machen könnten. Die Arbeiter hatten sich von den Klängen der Kommunisten überzeugt und waren einseitig der Auffassung, daß die Kommunisten eben nur schimpfen, aber nichts ändern könnten, während die Sozialdemokratie durch produktive Arbeit doch die dringendste Hilfe erlangt und immer wieder Rat schafft. Bei den Kommunisten war ein Kassenjammer, bei den Klassenbewußten Arbeitern eine sichtliche Veruhigung und Festigung ihrer Ueberzeugung die Folge des kommunistischen Remouari. Die Behörde aber hatte ihre vernünftige Haltung nicht zu bereuen, denn es geschah nicht das geringste, was zu „Belorgnissen“ Anlaß gegeben hätte.

Unsere Partei hielt dann am Sonntag eine Versammlung nur für die Stadt Neudorf (in der nächsten Umgebung fanden eine Reihe anderer Versammlungen statt) in geschlossenem Saal ab und brachte dabei allein 400 Menschen ohne besondere Propaganda zusammen. Die Debattenredner in der Versammlung (Gen. Dr. Franzel hatte über die Abrüstung referiert) gaben übereinstimmend der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Kommunisten sich mit ihrer Schimpferei und ihrem Umzug nur als unfähig zu ernster Hilfe für die Arbeiterklasse gezeigt hatten.

Es wäre zu wünschen, daß die Behörde den Kommunisten überall die Strafe freigeht; sie würden dann viel weniger Zulauf haben und glauben finden, als wenn man sie durch Verbote schikaniert und ihnen den Nimbus großer Revolutionäre gibt!

Die nächste Plenarsitzung des Senates wurde für Montag, den 25. Jänner, 3 Uhr nachmittags einberufen. Auf der Tagesordnung stehen ein Zusatzprotokoll zum französischen Handelsvertrag, das die Zollsenkung tangiert, ein Zusatzprotokoll zum Handelsvertrag mit Holland und verschiedene Fristverlängerungen an das Abgeordnetenhaus. Vor der Plenarsitzung tagt am 2 Uhr der Initiativsausschuss und um halb 3 Uhr der Initiativsausschuss.

Vertimmung in Dänemark

über die Erhöhung der deutschen Butterzölle.

Kopenhagen, 20. Jänner. Minister des Äußereren Munch erklärt in der „Politiken“, daß die Erhöhung des deutschen Butterzölles in Dänemark stärkstes Bedauern hervorrufen werde. Man habe in Dänemark volles Verständnis dafür, daß die Verhältnisse in Deutschland eine Herabsetzung der Einfuhr erfordern, aber Dänemark sei nicht nur Verkäufer, sondern auch einer der größten Käufer, und der Rückgang der dänischen Kaufkraft werde im wesentlichen gerade Deutschland treffen.

Tagesneuigkeiten

Der „Tag“ und der „gefällste Grubenhund“.

Der historisch gebildete Chefredakteur des „Tag“ ist in peinlicher Verlegenheit. Das Emil Ludwig-Grubenhündchen hat ihn kräftig in die wässrige Wade gebissen und er sucht sich vor seinen Lesern nun zu rechtfertigen, so gut oder schlecht das eben möglich ist, wenn man von Emil Ludwig keine Ahnung hat und obendrein nicht weiß, was eigentlich ein Grubenhund ist. So erzählt der Geblissene halt, es handelt sich um eine Fressführung, ja eine „niederträchtige Fälschung“. Der gute Mann weiß nicht, daß es ja das Wesen des Grubenhundes ist, eine Fressführung, in gewissem Sinn sogar eine Fälschung zu sein! Der Witz besteht doch darin, lieber Freund, daß der Redakteur sich irreführen läßt! Darum, lieber „Tag“, um es Dir nochmals zu erklären, war eben die Meldung des „Sozialdemokrat“, daß der Bruder Mussolinis in Buchlau sei, kein Grubenhund, sondern eine bloße irrtige Meldung, die aus tschechischen Blättern übernommen wurde. Zum Grubenhund gehört auf jeden Fall eine dazu, der absichtlich irreführt, der den Grubenhund juchet, der den Redakteur hineinlegt! Bei der Mussolini-Meldung war seiner da, der sie absichtlich ausgegeben hätte, um eine Zeitung hineinzuwerfen, sie war außerdem durchaus glaubhaft, so daß nur vollkommen vernünftige Köpfe von einem „Grubenhund“ reden konnten.

Der „Tag“ aber läßt sich hineinlegen, indem er eine „Fälschung“ bringt, die eben darin besteht, daß ein Jitak aus Emil Ludwig als eine Polemik gegen Emil Ludwig hingestellt wird. Nun muß natürlich nicht jedermann Emil Ludwig gelesen haben. Aber der wässrige Historiker, der ihn bekämpft, der wässrige Redakteur, der ihn beschimpft, der muß ihn gelesen haben und muß wissen, daß die ihm unter dem Namen Erich Kamler servierte Polemik tatsächlich die Charakteristik Bismarcks ist, die Emil Ludwig gibt! Aus dem Zusammenhang ist diese Stelle nicht gerissen, sie ist geradezu das Herzstück der Bismarck-Darstellung Ludwigs.

Köstlich erweiternd wirkt der vom Grubenhund gebissene Historiker, wenn er zu seiner Entschuldigung anfängt, daß ja dem Berliner Bruderblatt in Dittler, dem „Angriff“ eine ganz ähnliche Geschichte mit Remarque passiert sei. Also gewissermaßen: was sogar bei Goebbels passieren kann, das muß doch auch verziehen werden. Herr Goebbels kennt eben Remarque so wenig wie Herr Biererbl Emil Ludwig. Beide aber machen sich Urteile über die Werke an, die sie nicht kennen, und beide sind in der verdorbenen Weise „irreführt“, nämlich durch einen Grubenhund ihrer Unwissenheit überführt worden. Ein Grubenhund ist kein „vergifteter Pfeil“, der auf den Urheber zurückzuführen ist, wie sich der gekränkte Herr Biererbl ausdrückt, er ist vielmehr das Freilicht, das den Redakteur auf das Gebiet verlockt, auf dem er vorgibt, etwas zu wissen, in Wahrheit aber nichts weiß.

Im übrigen empfehlen wir der Redaktion des „Tag“, sich endlich das Buch „Der Grubenhund“ von Arne Schün, dem Schöpfer des Grubenhundes anzuschaffen und die nötigen Lehren daraus zu ziehen. Herr Ang-Schün ist sicher bereit, dem „Tag“ gegen Vorlage der bisher ausgelassenen Bilanz an Grubenhunden ein Gratisexemplar zu überlassen; gewissermaßen als Preis für die Mitteleuropa-Meisterschaft!

Bergiftung der Jugend.

„In Kultur und Bildung voran.“

Ein Bränner Panorama (Passage, Nova ulice 23) verteilt an Schulkinder, und zwar nicht nur an tschechische, sondern auch an deutsche, eine Art Flugblatt, ein Raspapier, das mit schneeweißen grellbunten „Bildern“ und mit einem deutschen Text bedruckt ist, der folgendermaßen lautet:

Die Schlacht am Weißen Berg.

Der unglücklichste und juchbarste Tag in der Geschichte unseres schönen böhmischen Heimatlandes war der Sonntag am 8. November 1620, als am Weißen Berg die entscheidende Schlacht geschlagen wurde, deren grauliche Folgen wir noch heute verspüren. Das war der Fall der tschechischen Macht. In der Mittagsstunde überfiel der bayerische Herzog Maximilian das tschechische Heer. Er stellte den 20.000 Tschechen 50.000 deuteglerige Soldaten gegenüber. Nach einem nur eine Stunde währenden Kampf war nicht nur unser Heer geschlagen, sondern auch unsere Selbständigkeit vernichtet. Zu Beginn der Schlacht siegte das tschechische Heer, aber auf einmal wurde das Fußvolk in Unordnung gebracht. Diesen Augenblick benützte Maximilian, überfiel das in Verwirrung geratene Heer und besiegte beim Zufriedenheit Stern die sich verzweifelt wehrenden Tschechen und die treu zu ihnen stehenden böhmischen Adligen. Die Schlacht am Weißen Berg.

Während der Schlacht am Weißen Berg am heiligsten tobt, schaute der kurz zuvor gemählte König Friedrich auf der Pradschiner Burg, nur eine Stunde vom Kampfplatz entfernt: er schmausete vergnügt, er gab ein Fest. Als er aber aus der Burg trat und die Flucht seines Heeres sah, nahm er Frau und Kinder und flüchtete ängstlich nach Breslau. — Später erhielt er den Spottnamen

Biljuditsys Mannen amtieren in Prag.

Auf Kosten der Tschechoslowakei.

Die aus Polen hätten zur Dokumentierung ihrer Liberalität und Menschlichkeit des Liebermann-Prozesses nach den ukrainischen „Befriedungsaktionen“ gar nicht mehr bedurft; die Kulturwelt ist heute darüber genügend aufgeklärt, welche Geistes Kind heute die wehrlose Bevölkerung hinter den polnischen Grenzpfählen drangsaliert und zum Gaudium entmenschter Soldateska malträtiert. Es ist nicht eines der höchsten Gefühle, diese Regierung als den verantwortungsvollen Repräsentanten eines „bestreudeten Staates“ ansehen und womöglich auch wertschätzen zu müssen; noch viel merkwürdiger aber muß es auf den demokratischen Staatsbürger wirken, wenn festgestellt wird, daß diese sprichwörtlich gewordenen polnischen Methoden durch die diplomatische Vertretung hierzulande eingeführt und erfolgreich behauptet werden.

Da flatterte vor kurzem ein Hefebrief aus Wien auf meinem Schreibtisch; eine Frau bittet für ihren Prätigam, der polnischer Staatsbürger ist, um Interdiction, weil er seit 1. November in Prag gefangen gehalten wird, um abgehoben zu werden. Nachforschungen ergeben bei der Zentralbehörde für lästige Ausländer, daß der betreffende Häftling am 1. Juli 1931 wegen Verwendung eines falschen Passes verhaftet, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde und nach den hier geltenden Gesetzen also am 1. November hätte in seinen Heimatstaat abgehoben werden müssen. Ja, wenn das im Zeitalter der Selbstbestimmung und Befreiung der kleinen Nationen so ohne weiteres gehen würde; solche Leute werden dem Konsulat ihres Heimatlandes angezeigt, das ihnen dann zwecks Durchführung der Ausweisung die nötigen Papiere auszustellen hat. Unser Fall sieht nun also aus: man hat dem Konsulat Heimatschein, Geburtschein und Bürgerausweis vorgelegt, die Ausstellung des Passes wird aber verweigert, weil die Bestätigung dieser Originaldokumente erst aus Polen abgewartet werden muß. Man läßt sich also auf schriftlichem Wege die Gehilte öffentlicher Urkunden — die gar nicht angezweifelt wird — bestätigen; und das dauert nun schon den vierten Monat. Im Sinne der geltenden zwischenstaatlichen Normen darf ein Ausländer gegen den Willen der diplomatischen Vertretung seines Landes nicht ausgewiesen werden, er wird sozusagen „zur Verfügung“ gehalten; und das dauert bei den Polen immer viele Monate. Während bei allen andern Staaten — Deutschland, Jugoslawien, Oesterreich, ja sogar Rumänien — alles in höchstens acht Tagen erledigt ist, müssen wir auf das Wiehern des widerpenigen polnischen Amtschimmels viele Monate warten, muß die Stadt Prag täglich 18 K für die Anhaltung eines Menschen aufwenden, der vor dem Gesetze frei zu sein hat und an dem unser Staat, unsre Hauptstadt nicht das geringste Interesse hat!

Winterkönig, weil er einen einzigen Winter regiert hatte.

Die Prager öffneten hierauf dem jugoslawischen Maximilian die Tore und der sammelte in Prag sogleich Kostbarkeiten, daß sein räuberisches Heer dieselben auf 1500 Wagen nach Bayern schaffte. Nach ihm kam der Graf Liechtenstein, um die Tschechen zu richten und zu strafen. Am Altstädter Ring ließ er eine Richtstätte bauen und am Montag, den 21. Juni 1621 ließ er 27 tschechische Adelige, Ritter und Bürger hinrichten. Er befahl, ihnen die Hände aus dem Munde zu reißen, die Hände abzuhauen, sie zu köpfen und den Köpfen unter dem Galgen zu verteilen. Andere wurden auf seinen Befehl mit Ruem gegeföhelt, aus dem Lande gejagt, lebenslanglich eingekerkert, und das alles nur, weil sie Protestanten waren und dem Glauben ihrer Väter nicht antreu werden wollten. Ihr Eigentum fiel dem Staat, tschechische Bürger wurden verbannt, so daß unser Volk materiell und geistig an den Bettelstab gebracht wurde.

Auf dem Thron saß Ferdinand II. Die bisher untergeordnete deutsche Sprache wurde als gleichberechtigt mit der tschechischen erklärt, aber diese Gleichberechtigung verwandelte sich bald in eine Vorherrschaft der deutschen über die tschechische.

Tschechische Kinder, seid eingedenk jenes juchbaren Tages und waltshret alljährlich am Nachtag den 8. November, auf dem Weißen Berg. Dort auf dem blutgetränkten Boden gedenkt des ersten tschechischen Ruhmes. Diese Erinnerung wird euch Kraft geben, zu weiterem Kampf, den ihr für unsere hehre tschechische Heimat auf euch nehmen müßt. Reizend mörderischen, barbarischen Kampf mit Waffen und Blut, sondern einen Kampf auf geistigem Gebiet. In Kultur und Bildung voran, Kinder! Unsere heute so hochstehende Nation wird niemand mehr unterdrücken können.

Diese Anweisungen stiegen von blöden Geschichtslügen und sind fälschlich darauf berechnet, nationalistische Hege zu verbreiten. Daß ein solcher Witz zum Schluß noch an Kultur und Bildung appelliert, wo er doch alles dazu tut, eine Stimmung zu schaffen, aus der neue „mörderische und barbarische Kämpfe“ hervorgehen müssen, ist eine besondere Frechheit. Wir fragen: wo bleibt hier die sonst so geschäftige Zensur, wo bleibt das Kalporetageverbot der Polizei, wo bleibt die

Man verfallt oft in Optimismus; also denkt der neugierige Recherchent, daß es sich hier um einen Ausnahmefall handelt; aber diese Illusion wird durch die hereinwillige Betrauung der Schubstation gründlich zerstört, es zeigen sich hier haarsträubende und empörende Rechtsbeugungen, die die Stadt Prag dem polnischen Staat finanzieren muß. Ein gewisser Barababsh verläßt jetzt nach siebenmonatiger langer Haft die Republik — kostet Prag mindestens 3500 K —, Jonas Spiegel sitzt seit drei Monaten, trotzdem alle notwendigen Dokumente am Prager Konsulat liegen, Herr Rissenholz hat seinen Paß sogar vom Konsul in Mährisch-Osttrau beurlaubt, wartete aber schon 11 Wochen auf die Erledigung, Finkelslein unter gleichen Umständen zwei Monate, eine Frau Krulova saß vier Monate, ein 13jähriges Mädchen Wohlfelderova schon viel länger, hat alle Papiere in Ordnung, sogar den Identitätsausweis, das Konsulat in Prag verweigert aber die Ausstellung des Passes, weil ihre Heimatgemeinde den einst angestellten Heimatschein nicht anerkennen will; Mitte Jänner ist die Mutter der Bedauerndwerten gestorben und trotzdem der Betwalt der Prager Haftfals als menschlichem Empfinden sofort die nötigen Ausweise ausstellte, um ihr die Teilnahme am Begräbnis zu ermöglichen, mußte sie über direktes Verlangen des polnischen Konsulats hier bleiben in ungerechtfertigter Haft, die ihre Psyche auf immer zu verdunkeln droht. Das Eigentümliche und Bezeichnende an allen diesen Fällen ist, daß es fast immer um jüdische Häftlinge geht; der Antisemitismus ist ja in Polen sehr beliebt. Spricht man mit den Organen der „Tschoban“ — wie die alte Schubstation im Volksmund heißt — so erfährt man, daß diese Zustände nicht abzuschaffen sind, daß sich die Polizeidirektion schon um rein finanziellen Interesse der Stadt vergeblich dagegen wehrt, daß die polnische Saurotschaft und Unmenschlichkeit auf Kosten unsrer öffentlichen Hand ausgeübt wird. Der Staat, die Sicherheitsbehörden, die so oft ihre eigene Faust gegen Wertkräfte einzusetzen wissen, müssen hier energisch eingreifen, um dieser Kulturschmach ein Ende zu bereiten; das Außenministerium muß Maßnahmen in Szene setzen, die geeignet sind, diesen Zuständen ein Ende zu bereiten. Wenn schon nicht aus rein menschlichen Interessen hier mit aller Macht eingeschritten wird, dann muß wenigstens ganz energisch verlangt werden, daß sich der polnische Staat den Luxus seiner Ordnung selbst finanziert und nicht die Prager Schubstation auf Kosten der tschechoslowakischen Hauptstadt mit Gästen bewillert; auch die innigste internationale Freundschaft darf nicht an der Tassache vorbeigehen, daß unser Staat die Menschlichkeit wenigstens in der Verfassung verankert hat, die respektiert werden muß. W. L.

Schulbehörde? Vielleicht sind noch mehr derartige Wische im Umlauf; das Brünner Panorama scheint sie ja nicht hergestellt zu haben, sondern nur zu verbreiten. Ein Drucker ist auf dem Blatt nicht angegeben, Dagegen einzuschreiten, lege jedenfalls im Interesse von Kultur und Bildung!

Die Erde spaltet sich in Neapel.

Neapel, 20. Jänner. Nachdem sich bereits an einer Stelle der Stadt in einer Straße ein tiefer Abgrund aufgetan hatte, der den Einsturz mehrerer Häuser verursachte, spaltete sich neuerdings in der Rione Mata eine Straße in ihrer ganzen Breite. Der Spalt ist 10 Meter lang und zwei Meter tief. Die Behörden haben festgestellt, daß die seit Urzeiten durchgeführten Untergrabungen des gesamten Bodens, auf dem die Stadt gebaut ist, namentlich für Wasserleitungszwecke in früheren Zeiten, diese ständige Gefahr verursachen.

Kampf mit einem Wolf.

Potenza, 20. Jänner. Bei Sant Angelo de Pratte in Calabrien vernahm ein Bauer nachts aufgeregtes Gedrüll seiner Kinder. Als er wachlos den Stall betrat, ertappte er einen Wolf, der in die Ställe der Kinder eingedrungen war. Der Bauer ergriff einen Knüttel und führte eine Stunde lang einen verzweifelten Kampf mit dem Raubtier, bis es ihm gelang, den Wolf niederzuschlagen. Er selbst mußte vor Aufregung zwei Tage lang im Fieber das Bett hüten.

Natriumlager explodiert.

Bergen (Norwegen), 20. Jänner. Infolge von Ueberschwemmungen in Bodheim drang das Wasser in ein Natriumlagerhaus der Chemischen Fabrik ein. Da Natrium sich bei der Berührung mit Wasser entzündet, entstand eine Explosion, die das Gebäude und ein danebenliegendes zweites Natriumlagerhaus in Brand stückte. Die herumstimmenden brennenden Natriumbehälter setzten noch verschiedene kleinere Lagerhäuser und das Holzlager der Fabrik in Brand, das vollständig eingestürzt wurde. Verluste an Menschenleben sind nicht zu verzeichnen. Der Sachschaden dürfte sehr hoch sein.

Das Feuer hat zwei Lagergebäude mit etwa 60 Tonnen Natrium völlig zerstört, ferner eine Anzahl kleinerer Häuser und einen Teil der Fabrikanlagen vernichtet. Mehrere Personen, die sich an den Rettungsarbeiten beteiligten, erlitten durch den mit Gas vermischten Rauch starke Verbrennungen. Dieser Rauch trieb in dichten

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Freitag, 11.00 Schallplatten. 15.30 Schallplatten. 17.00 Kammermusik. 18.30 Deutsche Sendung: Dr. Schmidt: Bestimmungen des Personalausweissgesetz. 19.15 Lieber und Arien. — Samstag, 16.00 Schallplatten. 18.30 Deutsche Sendung: Dr. Ztrala: Leben und Persönlichkeit. 19.00 Russische Gefänge. 19.35 Es war einmal ein König, Märchentomödie. — Berlin: 14.00 Bad Olymion Spiel. 18.30 Chorgefänge. — Hamburg: 20.00 Volkstümliches Konzert. — Königsbrunnhausen: 20.15 Die verkaufte Braut, Oper von Smetana. — Leipzig: 22.00 Klavierkonzert. — München: 19.15 Mandolinenkonzert. — Wien: 19.30 Wiener Lieber. 22.40 Tanzmusik.

Schwaben bis zu der 2 Kilometer von der Unglücksstelle entfernten Stadt Badheim selbst, wo gleichfalls einige Personen Verbrennungen, hauptsächlich im Gesicht, erlitten. Die Höhe des Schadens läßt sich zur Stunde noch nicht angeben.

Ein Massenmörder an der deutsch-holländischen Grenze.

Edt (Provinz Limburg), 19. Jänner. Die aufsehenerregenden Mordtaten, die sich vor mehreren Wochen im hiesigen deutsch-holländischen Grenzwalde ereigneten und zur Verhaftung zweier Jagdaufsicherer führten, scheinen ein weiteres Nachspiel zu haben. Seit 8. Jänner wird nämlich aus der in der Nähe von Edt liegenden Ortschaft Hingen ein 19jähriger junger Mann namens Verloven vermisst. Er hatte an diesem Tage abends die elterliche Wohnung verlassen und ist seitdem nicht mehr dorthin zurückgekehrt. Die polizeilichen Nachforschungen haben bisher noch keinen Erfolg gehabt. Der Bevölkerung hat sich beim Bekanntwerden dieses erneuten rätselhaften Verschwindens große Aufregung bemächtigt, zumal der Vermisste sich niemals eines Wilderungsvergehens schuldig gemacht haben soll.

Auf der Karsten-Zentrum-Grube wurde heute früh die Leiche des verheirateten Häuerers Karst geborgen. Der Landeshauptmann von Obersachsen hat den Rettungsmannschaften auf Karsten-Zentrum 3300 Mark zur Verfügung gestellt, die an die beteiligten Bergleute verteilt werden sollen.

Erdbeben in Lima. Nach einer Meldung aus Lima haben sich innerhalb 24 Stunden zwei wellenförmige Erdbeben ereignet. Es brach eine Panik aus. Die elektrische Beleuchtung verlagerte, und Gebäudeteile stürzten auf die Straßen. Mehrere Automobile sollen auf den nichtbeleuchteten Straßen in die stüchende Menge hineingefahren sein. Einzelne über Menschenverluste und Schäden sind noch nicht gemeldet.

Bei Einflucht eines Personenzuges in den Bahnhof Deubingen (Thüringen) stürzte gestern abend aus unbekannter Ursache der dritte Wagen plötzlich um und brachte die folgenden Wagen zur Entgleisung. Während die Fahrgäste mit dem Schrecken davonkamen, wurde der Zugführer so schwer verletzt, daß er bald darauf im Krankenhaus starb.

Piccards Gondel. Dr. Ripser, der Assistent Professor Piccards ist in Obergurgel eingetroffen, um den Abtransport der Gondel des Piccard'schen Stratosphärenballons vorzubereiten. Sowohl das deutsche Museum in München als auch die Brüsseler Firma, die Piccards Stratosphären-Expedition finanziell unterstützte, betreiben sich um die Gondel.

Verzweiflungstragödie. In Thomaasdorf (Kreis Vollenstein, Schlesien) ereignete sich ein furchtbares Drama. Ein Bäckermeister, seine Frau und seine beiden drei- und einjährigen Kinder wurden in ihren Betten mit schweren Schußwunden im Kopf aufgefunden. Die beiden Kinder verstarben nach kurzer Zeit; das Ehepaar wurde in bedenklichem Zustand ins Krankenhaus gebracht. Die Frau, die kurze Zeit das Bewußtsein erlangte, gab an, daß ihr Mann infolge schwerer wirtschaftlicher Notlage zu der Tat getrieben worden sei. Die Kinder habe er getötet, während sie schliefen.

Autokarambol mit Pferdgespann. Auf der Staatsstraße Horstfeld-Deutsch-Horschwitz bei Jechwitz fuhr ein Personauto der Firma Kella u. Keffe, Bauunternehmung Prag-Aussig, in ein Pferdgespann des Gutsbesizers Karl Gehl auf Horstfeld, wobei der Kutscher von seinem Sitz geschleudert und erheblich verletzt wurde. Von den beiden dem Fuhrwerk vorgespannten Pferden mußte eines an Ort und Stelle notgeschlachtet werden. Die Automobilisten selbst kamen mit dem Schrecken davon.

Riebergeschlagen und betäubt. Auf der Straße von Gablitz nach Proschwitz wurde der 13jährige Badergehilfe Richard Neil aus Grottau bei Weidenberg mit mehreren Verletzungen aufgefunden. Er wurde ins Goblitzer Bezirkskrankenhaus gebracht, wofür festgestellt wurde, daß er neben leichten Verletzungen auch einen Bruch des Brustknorpels aufwies. Neil gab an, von einem unbekanntem aufwies.

Schwerer Autounfall. Wie uns aus Zwickau berichtet wird, geriet in der Ortschaft Röhrsdorf am Kreis ein mit Papierwaren beladenes Auto infolge von Glätte ins Schleudern und stürzte um, wobei ein Mitfahrer schwer verletzt wurde, so daß er in das Krankenhaus gebracht werden mußte.

Militärstrafanstalt Hrobpolje.

Von Franz Keller.

I.

Mitten im tiefsten Karst in einer trichterförmigen Mulde, Doline genannt, stand die Militärstrafanstalt Hrobpolje. Das Gebäude, aus roten Karststeinen aufgeführt, an die Nordwand der Doline angelehnt, selbst ohne jedwede Gliederung hob sich nur wenig von seiner Umgebung ab. Nur an besonders lichten Tagen merkte man, daß die Nordwand der Doline das Gebäude steil übertraue, sonst schien sie dem Bauwerk so fern, fensterloser Teil anzugehören, dies war so mehr, als die Fenster des oberen Stockwerkes nach rückwärts gingen. Der Ausblick durch diese Fenster erweckte in den Gefangenen das Gefühl, als wäre hier die Welt zu Ende, als gäbe es über diese steile Felswand hinaus kein Leben mehr. Im oberen Stockwerke wurden nur die Reuigekommenen, noch nicht Eingewöhnten und die fluchtverdächtigen untergebracht. Wenige Tage genügt und die kühnen Pläne waren vollständiger Hoffnungslosigkeit gewichen. Jenseits kam es vor, daß Gefangene gegen Erde ihrer Strafzeit selbst um die Umverbringung im obersten Stockwerke bittlich wurden. Der Anstaltsverwalter Major Schlichta, ein unförmiger, ungemein fettliebiger Riese, willkürlich diesen Plänen ausnahmslos und bewilligte überdies einen kleine Zubuße zur Kost und eine kleine Zerstreung, meistens eine alte Zeitung. Er war ein stiller, friedlicher Mensch, der seine Tage in der Bodwanne verbrachte, von wo aus er auch seinen Dienst erledigte, indem er sich die einlauende Post und die zu unrichtigen Diensten auf ein quer über die Bodwanne gelegtes Brett bringen ließ. Dies besorgte der Sträfling Lebenslänglich, von dem sich Schlichta auch riefen und, wenn es sein mußte, anziehen ließ. Ambition war Schlichta fremd, ebenso Furcht vor Vorgesetzten, nur Scherezeien haßte er. Unter Scherezeien verstand er alles, was ihn dazu zwang, sich anzuziehen. Das waren Inspezierungen, das waren Kommissionen, die sich an die Flucht eines Sträflings anschloßen. Dabei bewilligte er die kleinsten Benefizien. Denn auf die Aufsicht war kein Verlaß. Da die ausgeschriebenen Stellen niemals einen Bewerber fanden, verließen den Dienst Soldaten, meist niedere Unteroffiziere. Sie verließen ihn gezwungen, fühlten sich hier selbst als Gefangene, schlossen sich den Sträflingen an, lehten sich mit ihnen nach dem Schattens heimatischer Wälder, nach dem fernem weiblichen Körper. Statt sie zur Arbeit, Steinkloppen auf der Straße, anzubalten, ließen sie sich von den Gefangenen Putz und Gebuld zu sprechen. Viel anders war es auch bei den Offizieren und Beamten nicht, die sich hatten hierher kommandieren lassen, um ihre Schulden abzuwahlen und die erforderliche Zeit als Strafzeit empfangen. Der einzige Unterschied lag vielleicht darin, daß sie über ihren Dienst ständig wachen, wie wohl, abgesehen von einigen Differenzierungen in vorgedruckte Rubriken, nichts zu tun war. Aber sie sagten das herumstehen auf den trostlosen, von keinerlei Natur umgebenen Straßen wäre noch schwerer als die harte Arbeit dorthin. Der Alpdruck vollkommener Tode und die langweilige Hitze führte die Menschen einander zu und verdrängte die Unterschiede. Das war die Militärstrafanstalt Hrobpolje, vom Landeskommando mit leichtem Spott, aber schwerer Sorge, die hohe Schule der Demokratie oder Staat im Staate genannt.

II.

Die Verbindung mit der Außenwelt stellte Stabsarzt Scholz dar, ein vollkommen versoffener Brummbär, der zweimal im Monate in einer alten Kalesche, von den Gefangenen Arche noch genannt, angefahren kam, während seinen Dienst in der Zwischenzeit Lebenslänglich in einwandfreier Weise verließ. Er bestellte durch Vermittlung von Lebenslänglich Post und allerhand Aufträge, zuweilen brachte er auch eine Richte für die Herren oder eine Wäscherin für die Sträflinge mit. Für das Geld, das man ihm zum Einkauf der Medikamente bewilligt hatte, kaufte er bei einem befreundeten Apotheker Vimm Cognac ein und Lebenslänglich verteilte es nach einem besonderen Schlüssel an die Bewohner von Hrobpolje. Scholz selbst trank nichts von dem Cognac, er hatte in dem Medikamentensschrank sein eigenes Depot an Spirituosen. Er kam stets in der Nacht, trank drei Becher irgendeines, Fußes aus einer Flasche mit der Aufschrift „Gift“ und schickte dann nach Lebenslänglich. Dieser mußte ihm immer wieder seinen Fall erzählen. Die Geschichte Lebenslängliches war kurz gefasst die: Er blieb nach Abolvierung seiner Dienstzeit als Regimentschneider beim Militär und brachte es bald so weit, daß er daran denken konnte, sich nach einer Frau umzusehen. Da ihm die Mädchen in der Stadt leichtfertig und falsch vorkamen, holte er sich eine Frau aus seinem Heimatdorf. Es war ein heiteres, arbeitames Mädchen, war sehr armlich, aber desto mehr freute er sich, wenn er ihr ein kleines Roschwerk oder ein billiges Puchstück bringen konnte. An warmen Abenden ging er mit ihr durch die Stadt, zeigte ihr die Post, die Schule, das Stadtamt und frunkte sich über die großen Augen, die sie machte, wenn sie die Gebäude mit denen ihres Heimatdorfes verglich. Tagsüber aber sperrte er sie ein, denn seine Wohnung lag im Hinterhofe der Kaserne und er wollte seine Frau nicht den Verächtigungen seitens der anderen Unteroffiziere aussetzen. Eines Nachmittags wurde unerwartet Kaserneeinigung angeordnet und er war froh, das Bügeleisen zu so früher Stunde weglegen zu dürfen und eilte zu seinem

Die jonglierten Millionen.

... und keiner weiß, wie es kam!

Prag, 20. Jänner. Heute, am Schluß des dritten Tages des Prhemia-Bankprozesses, haben noch immer nicht alle Angeklagten ihre Verantwortung beendet, so daß das Beweisverfahren erst morgen beginnen wird. Da jeder der Angeklagten durchschnittlich eine Stunde spricht und sich dann Fragen der Botanten, des Staatsanwalts, der sechs Verteidiger und der Sachverständigen anschließt, nimmt die Verhandlung einen äußerst schleppenden Verlauf. Heute kamen drei Angeklagte zu Wort, deren Aussagen wir ganz kurz zusammenfassen, da im Zuge des Beweisverfahrens auf die bemerkenswerten Punkte näher einzugehen kein wird.

Auch diese Herren erklären sich völlig unschuldig, auch von diesen hohen Funktionären hatte kein einziger eine Ahnung von dem miserablen Zustand der Bank. Die Frage nach der Schuld oder Nichtschuld der einzelnen Mitgließer tritt in dem Hintergrund gegenüber der Frage:

Wie konnte eine Viertelmilliarde zum Teufel gehen.

ohne daß auch nur einer der namhaftesten Fachleute aber auch der Aufsichtsstellen und Behörden nicht rechtzeitig Lunte rochen? Hier wird es mancherlei aufzuklären geben.

Den heutigen Tag eröffnete mit einer Darlegung über die Schwierigkeiten und Gefahren des amerikanischen Verlustgeschäftes Direktor Dr. Slavik, zugleich Direktor der Karodni Politika. Von diesem Punkt wird bei der Beweisaufnahme zu sprechen sein. Als charakteristisch wäre die Art festzuhalten, in der Millionenabrechnungen vorgenommen wurden. Der Buchhaltungschef Suchanek hatte nach Aussage Dr. Slaviks am 6. Dezember 1929 infolge größerer Verluste auf Konto der Film-Veteiligungen sieben Millionen abgeschrieben. Dann wurde diese Buchung korrigiert und am 23. Dezember die sieben Millionen kurzgehend auf dem Petroleumkonto abgeschrieben, das noch passiver war. Auf die verwunderliche Frage des Gerichts, wo er denn eigentlich zu solchen Millionenabrechnungen Vollmacht hatte, ergibt sich, daß diese ohne weiteres vorgenommen wurden, wobei nur die

ganz formelle Unterschrift eines zweiten Direktors erforderlich war.

War diese Formalität erfüllt, so genehmigte der Verwaltungsrat im Rahmen der Bilanz automatisch solche hochbedenkliche Buchungen. Dr. Slavik, der von diesen Sachen nichts verstand, erfüllte denn auch diese Formalität, weil halt kein anderer Direktor da war.

Frauchen. Er fand sie mit einem Führer im Beit, nahm die Bude und erschlug sie. Hundertmal schon hatte er die Geschichte erzählt und Scholz quälte ihn immer wieder. Wozu? Er konnte ja schon alle Einzelheiten. Noch und noch hatte er Lebenslänglich noch ihnen gefragt. „Also, was empörte dich am meisten?“ — „Weil sie am helllichten Tage im Beite lag.“ — „Ja, nicht der Gebrauch, wie hoch spritzte das Blut, wie oft der Führer entkommen?“ — „Ich fürchtete, sie konnte nicht ganz tot sein, konnte noch Schmerzen haben, deshalb jerbachte ich sie und währenddem entkam er.“ — „Weil du sie so gerüstelt hast, müßtest du weinen.“ — „Genug, Herr Stabsarzt.“ Scholz trank einen Becher, wuschte sich den Bart ab und sprach: „Also gut, bis nächstens. Du hast eine betreibende Tat vollbracht, ich werde es auch so machen, aber weißt du, bei mir ist es so: ich brauche zu jeder Tat eine ganz bestimmte Menge Alkohol, oft glaube ich, wenn ich im Gasthaus sitze, jetzt ist der Augenblick gekommen, jetzt gehst du nach Hause und nimmst die Bude, aber da heißt es noch eine Kunde trinken, aus der einen werden zwei und das ist wieder, die Energie erlahmt, man wird gleichgültig. Aber es wird schon werden, geh nur, geh.“

III.

Heute ist Major Schlichta aus der Bodwanne gestiegen. Er steht in der Verwaltungskanzlei. Die anderen Herren sind auch da, Stabsarzt Scholz ist dieses Mal bei Tag gekommen. Major Schlichta nimmt ein Schriftstück zur Hand und beginnt: „Allgemeine und besondere Anweisung aus Anlaß der Geburt eines Prinzen.“ Kanzlist Pieslinger unterbricht ihn: „Strenge! Sie sich doch nicht an, Herr Major, die hohen Herren machen die Anweisung nur, um uns zu ärgern, Volksbeglückung auf unsere Kosten, wir haben die Arbeit damit, als ob wir schuld daran wären, wenn ein Prinz geboren wird.“ Major Schlichta: „Meine Herren, hier handelt es sich darum, ob wir Lebenslänglich vorzuschlagen sollen oder jemand anderen... Lebenslänglich wäre in erster Linie zu berücksichtigen.“ Kanzlist Pieslinger: „Hrobpolje ohne Lebenslänglich, eine Wüste ohne Lase. Sie sollten seine Reden hören, Herr Major, wenn er über die Zukunft der Menschheit spricht, in der es keine Gelmedeten und Entrechteten geben wird.“ Kanzlist Kretschmer: „Ohne Lebenslänglich ist das Werk nicht zusammenzubalten oder soll vielleicht der Herr Stabsarzt selbst die Zähne ziehen?“ Schlichta: „Zu bedenken ist nur, daß Lebenslänglich präzis in einem Jahre ohnedies amnestiert werden muß, er sieht das präzisste Jahr.“ Stabsarzt Scholz: „Dann soll er noch das eine Jahr sitzen, ich brauche ihn noch.“ Schlichta: „Ein unanschuldiger Standpunkt.“ Scholz: „So, und ich erkläre dir, wenn Lebenslänglich fort ist, komme ich nicht mehr her.“ Kanzlist Kretschmer: „Das müßte noch fehlen, dann laufen wir alle davon.“

Wobei vorläufig unerklärt bleibt, daß in der Bilanz eben dieses mit 7 Millionen Verlust bewertete Filmkonto plötzlich 8 Millionen Gewinn aufwies. Dr. Slavik erklärt, in die Buchhaltungsdinge seinen Einblick gehabt zu haben.

Dr. Rudolf Weigner erklärt ebenso wie Slavik, bis zuletzt von der vorzüglichen Lage der Bank überzeugt gewesen zu sein. Auch er schildert das amerikanische Geschäft und sodann die lechthinnige Geschäftsgebarung der Pariser Filiale, gegen die er scharf protestiert hat, aber trotz seiner Eigenschaften als kontrollierender Funktionär nichts anrichten konnte, weil der Leiter dieser Filiale, der bekannte Herr Slavade! (bis vor kurzem Generalsekretär der Nationaldemokraten, seit einigen Wochen Jünger St. Fibranek), die rosigsten Vorteile einschickte und der Verwaltungsrat die optimistisch ausgeprägten Referate lieber las, als die pessimistischen Warnungen Weigners, der erst unter Androhung seiner Kündigung eine Änderung dieses Systems zu erzwingen vermochte — als es zu spät war. Er schildert u. a. auch verschiedene Details aus der „Kostifizierungsaktion“, auf die wir später zurückkommen wollen.

Vielfache Revisionen seitens des Finanzministeriums, der befreundeten Analogbank und anderer Interessenten hätten Reis ein sehr gutes Ergebnis gehabt.

Die Direktoren Havla und Biskovsky versicherten gleichfalls ihr festes Vertrauen zur Bonität der Bank. Esperer hatte u. a. die Kontrolle der inländischen Filialen, letzterer war Exponent der industriellen Interessensparte. Morgen wird das Beweisverfahren eröffnet.

Sodorovskü.

Ein psychopathischer Destandant.

Prag, 20. Jänner. Am heutigen Verhandlungstag treten verschiedene Nebenzeugen auf. Ein Pelzhändler Poladek, der einen Pelz auf Raten verkauft und betrogen wurde, ferner der Vater von Sodorovskü's erster Frau, der als Beispiel für die unsinnige Verschwendungssucht des Hauptangeklagten anführt, daß dieser sich einmal einen Pelz für 10.000 K gekauft und am nächsten Tag für 500 K wieder verkauft habe, ebenso ein Malier für 2000 K, dessen Preis 15.000 K betrug. Dann kommt eine Reihe Zeugen gegen die Nebenangeklagten, bei deren Einvernahme es zu verschiedenen Schärmdeln mit den verschiedenen Verteidigern kommt. Im ganzen eine ebenso inhaltslosere Verhandlung wie ihre Vorgängerinnen.

Neht tritt Lebenslänglich ein und Schlichta fragt ihn: „Wollen Sie amnestiert werden, dann müssen Sie mir einige Fragen beantworten, zunächst was würden Sie tun, wenn Sie frei wären? Ich meine als erstes.“ Lebenslänglich: „Es lebt noch der Führer, das wäre das erste.“ Schlichta: „Überlegen Sie sich das noch einmal. Genug für heute, meine Herren.“ Und er bogab sich wieder in seine Bodwanne, Scholz zu seinem Spirituosenschrank. Er trank seine gewohnten drei Becher, schickte dann nach Lebenslänglich und sagte: „Du wirst selbstverständlich amnestiert werden, es kommt nur auf mich an, aber sag einmal, ist das mit dem Führer dein Ernst, ich sehe das nicht ein.“ Lebenslänglich: „Wenn ich frei sein will, muß ich es vollbringen.“ Stabsarzt Scholz: „Ja, ja, befreien kann nur die Tat.“ Er machte einen tiefen Schlud, wuschte sich den Bart ab und setzte dann fort: „Also, es soll geschehen, aber du mußt dabei sein, du fährst jetzt mit mir. Bei beginnender Nacht überraschen wir das Luder mit ihrem Hauptmann. Die Bude ist vorbereitet, ich werde mich erst auf sie stürzen, du mußt dich in die Tür stellen, er darf auch nicht entkommen. Komm, ich will mit dem Major sprechen.“ Schlichta sah mank im Bade, die Tätigkeit hatte ihn erschöpft, er hielt von dem Plane nichts, meinte schließlich: „Nach mir wenigstens keine Scherezeien, schau, daß er zurück ist, bevor man ihn sucht und daß er nirgends angehalten wird.“ Und er unterschrieb den Posterschein.

IV.

„Da hast du die Schlüssel, du gehst als erster“, sprach Scholz. Lebenslänglich dreht den Schlüssel um. Ein entsetzter Schrei des Dienstmädchens, welches eilig durch die Türe entläuft, Scholz öffnet das Schlafzimmer. Ein Mann in Unterleibern wird sichtbar. Lebenslänglich bemüht sich, in höchster Spannung seine Gesichtszüge zu erfassen. Scholz dreht das Licht auf. Richtig, er ist es und hält einen Revolver in der Hand, das ist er damals nicht, jetzt erkennt er Lebenslänglich, er läßt den Revolver fallen. Mit einem lagenartigen Sprunge ist Lebenslänglich an dem Revolver und der Hauptmann lebt nicht mehr. Mit der Ruhe eines Wissenschaftlers tritt Lebenslänglich an ihn heran. „Ja, er ist tot. Lebenslänglich reicht Scholz den Revolver, aber Scholz braucht ihn nicht mehr, er hatte die Bude im Wagen. Er macht einen tiefen Schlud, wuschte sich den Bart ab und meinte lachend: „So oft haben wir über die Geschichte gesprochen und nach den Namen des Führers habe ich dich nie gefragt.“ Unter dem Schutze der Nacht gelangt Lebenslänglich in den tiefen Karst. Hier begegnet ihm niemand und am Morgen ruft er wieder seinen Herrn. Seine Hand zittert nicht, aber Schlichta ist ein feiner Psychologe, er meint: „Hoffentlich werde ich keine Scherezeien damit haben, warten wir die Zeitungen ab.“ Die Zei-

Die Redaktion des „Tag“ hat sich in der gerichtlichen Ausgleichsverhandlung vor dem Pressegericht in Betsmerich zur Veröffentlichung folgender Erklärung in ihrem Blatte sowie auf ihre Kosten im „Sozialdemokrat“ verpflichtet:

Erklärung:

In der Folge unseres Blattes vom 31. Jänner 1931, Nr. 22, erschien ein Artikel unter der Ueberschrift: „Aufregung in kein Programm“, welcher beleidigende Ausdrücke über den Verfasser des in der Folge Nr. 23 des „Sozialdemokrat“ vom 27. Jänner 1931 unter der Ueberschrift: „Ein Margifentöler“ erschienenen Artikels, insbesondere den Vorwurf der Unpäßlichkeit enthält. Die gefertigte Redaktion erklärt hiermit, die in dem oben erwähnten Artikel ihres Blattes vom 31. Jänner 1931 enthaltenen beleidigenden Ausdrücke mit Bedauern zurückzunehmen.

Die Schriftleitung des „Tag“.

tungen brachten auf der ersten Seite einen Artikel mit der Ueberschrift: „Eiseruchtdrama eines Stabsarztes, der Täter stellt sich selbst dem Gerichte.“ Scholz nahm, nachdem er seine Aussagen zu Protokoll gegeben hatte, Gift. Lebenslänglich aber erhielt die Erlaubnis, sich Bart und Haare stehen zu lassen und verließ kurze Zeit darauf als freier Mann die Militärstrafanstalt Hrobpolje.

Kleine Chronik

Junge Mädchen gesucht!

Als Buch-Vertreterin durch St. Pauli

Von Ellen Thünissen.

Anzeige: Jahn junge Mädchen werden gesucht. Nebenberuflich. Buchverlag.

Die Zeitung in der Hand, laufe ich die dunkle Treppe in einem Hinterhaus hinauf. Durch die geschlossene Tür tönt eine Stimme. Ein paar Worte sind von außen zu verstehen: Medizin — Kerze — Buch — in die Häuser gehen. Eine Informationsstunde. Letzte Kunde ist die Tür auf. In dem Raum sind mehrere junge Damen, auf einem Pult liegt ein kleiner, unscheinbarer Mann und erklärt, was zu tun ist. Eine Schwester in Tracht mit gutmütigem Gesicht wirkt als und zu ein Traut ein und zeigt ein modisches Werk. Das Buch ist von bekannten Ärzten. Es enthält Beiträge von Universitätsprofessoren und sehr gute Bildtafeln. Es ist nicht in den Buchhandel gekommen und wird durch eine Organisation, die sich über ganz Deutschland erstreckt, vertrieben. Man trennt sich.

Treffpunkt, St. Pauli, neun Uhr. Eine andere Schwester als am Vortage erwartet mich. Bildhau, ja, klein, tizianrotes Haar, leicht geschwinkt. Ich bin verschüchtert, habe Herz kloppen. Die Schwester ist aber reizend zu mir und erzählt von ihrer Arbeit. Sie reist von Stadt zu Stadt, geht von Haus zu Haus. Durch ihre Schwestertracht hat sie leichter Zutritt.

Inzwischen sind wir im Dosenkeller angekommen. Ein großes Mietshaus. Ich beobachte, wie die Schwester sich aufrecht und alle Energie konzentriert. Sie schelt. Ein schlürfender Schritt nähert sich. Die Tür wird einen Spalt geöffnet. „Was wollen Sie?“ „Wir sind von Herrn Dr. Werner geschickt, gnädige Frau.“ Wir werden eingelassen. Ich frage, wie die Schwester die Frau mit einem Neuschwanz überfällt und gar nicht zu Worte kommen läßt. Ganz unauffällig zieht sie das Buch hervor, das sie bis jetzt unter dem Arm verhehlt hatte. Umsonst. Nählige Worte; wir gehen weiter. Eine Frage höher. Immer Abwechslungen. Jedes Mal neuen Menschen gegenüberstellen, das gleiche erzählen. Die Hüfte schmerzen.

Ein Uhr. In einer kleinen Hafenschenke treffen wir uns mit mehreren Kolleginnen der Schwester. Ich fühle mich schnell wohl, es herrscht ein freier, ungezwungener Ton. Man bespricht von Hamburg aus nach Holland zu gehen.

Am nächsten Morgen, es ist eiskalt, ein Wind legt durch die Straßen, gebe ich allein. Ich nehme mir ein großes Mietshaus vor. Dampfe Luft schlägt mir entgegen. Ein Druck liegt auf mir, ich kann kaum atmen. Ich welle. Die Tür wird geöffnet, aber die Kette vorgelegt. Ein alter mürrischer Mann fragt nach meinem Begehrt.

— Wieder vor verschlossener Tür. Dann komme ich zu freundlichen Leuten. Ein junges Mädchen mit ihrer kranken Mutter. Sie liest Stellen daraus vor. Nach einer Stunde kauft das junge Mädel das Buch. Es kostet zwanzig Mark, sie kann es in Raten abzahlen.

Ein Erfolg! Ich habe Putz, Treppe — Türen — Menschen — Abschwungen. Gegen Abend komme ich zu einer alten Frau, die Mitleid mit mir hat und mir einen Teller Suppe gibt.

Rüde komme ich heim in meine kleine Kammer, in der kaum das Bett Platz hat. Der nächste Tag, dasselbe. Ich erreiche nichts. Ich kann nicht wie die Schwester meinen Fuß zwischen die Tür stellen und fremden Menschen meinen Willen aufzwingen. Ich kann auch nicht zusehen, wie jemand ein Buch für sein letztes Geld kauft, das für den Besuch eines Arztes notwendiger gewesen wäre. Dann rate ich ab. Ich kann nicht mit nach Holland gehen, ich muß etwas Neues suchen, um Geld zu verdienen. Was wird nun kommen? —

PRAGER ZEITUNG.

Die Vorsteherwahlen in den Ortsvertretungen.

Am Dienstag fanden in den Prager Ortsvertretungen die Wahlen der Bürgermeister statt, welche folgendes Ergebnis hatten:

Prag I bis VII: Bürgermeister Ing. Kotalný (Nat.-Dem.), 1. Stellvert. J. Blah (Nat.-Soz.), 2. Stellvert. A. Berger (Gewerbetreibende).

Prag VIII: Bürgermeister J. Dufaba (Nat.-Soz.), 1. Stellvert. K. Svoboda (Nat.-Dem.), 2. Stellvert. A. Holík (Sozialdemokrat).

Prag IX: Bürgermeister F. Poděbát (Nat.-Soz.), 1. Stellvert. A. Luftig (Sozialdemokrat), 2. Stellvert. Fr. Cibák (Kommunist).

Prag X: Bürgermeister Dr. Janus (Nat.-Dem.), 1. Stellvert. J. Klobouk (Nat.-Soz.), 2. Stellvert. O. Hampel (Sozialdemokrat).

Prag XI: Bürgermeister Dr. Kofráček (Nat.-Soz.), 1. Stellvert. K. Reumann (Sozialdemokrat), 2. Stellvert. F. Adam (Nat.-Dem.).

Prag XII: Bürgermeister Dr. Pavlík (Nat.-Dem.), 1. Stellvert. J. Bichl (Nat.-Soz.), 2. Stellvert. Ed. Kraus (Sozialdemokrat).

Prag XIII: B. Ullmann (Nat.-Soz.), 1. Stellvert. J. Dubšíl (Nat.-Dem.), 2. Stellvert. J. Stejskal (Sozialdemokrat).

Prag XIV: Bürgermeister J. Meier (Nat.-Soz.), 1. Stellvert. V. Týl (Bürgerblock), 2. Stellvert. J. Kofol (Sozialdemokrat).

Prag XV: Bürgermeister Fr. Reichl (Sozialdemokrat), 1. Stellvert. A. Sindelář (Nat.-Sozialist).

Prag XVI: Bürgermeister A. Jensohn (Nat.-Soz.), 1. Stellvert. R. Běbr (Nat.-Dem.), 2. Stellvert. A. Holík (Sozialdemokrat).

Prag XVII: Bürgermeister A. Vanjet (Nat.-Soz.), 1. Stellvert. A. Stochl (Sozialdemokrat), 2. Stellvert. Fr. Svoboda (Bürgerblock).

Prag XVIII: Bürgermeister A. Procházka (Nat.-Soz.), 1. Stellvert. F. Nachtman (Nat.-Dem.), 2. Stellvert. J. Cejnar (Sozialdemokrat).

Prag XIX: Bürgermeister F. Pražský (Nat.-Dem.), 1. Stellvert. Fr. Klma (Sozialdemokrat), 2. Stellvert. J. Syrový (Agrarier).

Bei den Wahlen in die Ortsräte erhielten die Deutschen je ein Mandat in Prag I—VII, Prag XII und Prag XIX. Gegenüber dem bisherigen Stand bedeutet dies den Gewinn eines Mandates (in Bubeneč).

Den Sozialdemokraten haben die Vorsteherwahlen einen großen Erfolg gebracht. Bisher hatten sie keinen Ortsvertretungs-Vorsteher und nur drei erste und zwei zweite Stellvertreter, nunmehr jedoch 1 Bürgermeister, 4 erste und 7 zweite Stellvertreter.

Kunst und Wissen

Deutsche Akademie für Kunst. Mittwoch, den 27. Jänner, 8 Uhr abends, Haydn-Brachm-Abend in der Produkthalle. Zur Aufführung gelangen: Haydn, Symphonie, G-Dur und das Streichquartett op. 81 in G-Dur, weiter die Sonate D-Moll für Violine und Klavier, op. 108, und das Klavierkonzert G-Dur, op. 81, mit Orchester von Joh. Brahms. Karten von 3 bis 12 K bei Weyler, Seiblo-Fassga.

Einmaliges Gastspiel Alexander Kossij in „Jedermann“ von Hofmannsthal: Donnerstag, den 28. d. Abends, aufgehoben. Vorverkauf für Abonnenten heute, Donnerstag, und morgen, Freitag, an der Tageskasse. — Für Urania-Mitglieder heute

Das schlechte Gewissen.

Von Konrad Tiefenbach.

Am Montag lag da unter den geschäftlichen Eingängen ein persönlicher Brief, der Thaumanns Aufschrift trug. Der Hauptassistent, irgendein Kellamangebot oder etwas anderes, ebenso belangloses vermutend, öffnete gleichgültig den Umschlag. Ein kleiner Zettel hatte er auf den Tisch. „Hüte dich!“ stand darauf und weiter nichts. In Schreibmaschinenschrift, ohne Namen des Absenders, ohne Datum.

„Das kommt von Cherubin“, dachte Thaumann und lächelte verächtlich. Cherubin, das war der Angestellte, der Ende vergangener Woche aus dem Bankbetrieb ausgeschieden war. Thaumann selbst hatte seine Entlassung betrieben.

Er wollte schon den Brief in den Papierkorb werfen und sich seinen dienstlichen Angelegenheiten zuwenden. Aber dann, einer unbestimmten Regung nachgebend, tat er es doch nicht, sondern schob den Zettel in den einfachen Geschäftsumschlag zurück und bog das Ganze sorgfältig in seiner Brieftasche.

Er hatte keineswegs die Absicht, die Sache weiter zu verfolgen oder gar die Polizei mit der Ermittlung des Abenders zu bemühen. Vergaß auch die ganze Angelegenheit fast völlig, bis ihm der Brief eines Abends, als er die Taschen seines Rockes auf dem Nachttisch ausleerte, wieder in die Hände fiel.

Werkwürdigerweise konnte er an diesem Abend nicht einschlafen. Blieb stundenlang mit offenen Augen liegen, warf sich von einer auf die andere Seite und suchte ganz vergeblich zur Ruhe zu kommen. Der Brief ließ ihn nicht los. Immer wieder lehrten seine Gedanken zu diesem Papier-

und morgen an der Urania-Kasse. Als Samstag allgemeiner Vorverkauf.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag, 7 1/2 Uhr: „Gestern und heute“ (83—III). — Freitag, 7 1/2 Uhr: „Der Troubadour“, Oper von Verdi (84—IV). — Samstag, 7 1/2 Uhr: Ensemble-Gastspiel Curt Bois: „Dienst am Kunden“, Schwank von Bois und Hansen (Abonnement aufgehoben). — Sonntag, 7 1/2 Uhr: Ensemble-Gastspiel Curt Bois: „Dienst am Kunden“ (Abonnement aufgehoben). — Montag, 7 1/2 Uhr: „Gestern und heute“ (85—I).

Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag, 7 1/2 Uhr: „Professor Bernhardi“ (Freier Verkauf und Bankbeamten-Gruppe II). — Samstag, 7 1/2 Uhr: „Gestern und heute“ (Ab.). — Sonntag nachmittag 3 Uhr: „Kümmere dich um Amelle“, Schwank mit Musik von Feubean, Rod und Grün (Ab.). — Abends, 7 1/2 Uhr: Epsi-aufführung: „Ein entzückender Mensch“, musikalisches Lustspiel von Letzag und Straus. — Montag, 7 1/2 Uhr: „Professor Bernhardi“ (Ab.).

Mitteilungen aus dem Publikum.

JUDr. Waja Fint, Prag, Ing. Karl Fleischner, Tepliz-Schönan, zeigen allen Genossinnen und Genossen ihre am 23. Jänner in Prag stattfindende Trauung an. 1439

Immer weiße Zähne hat man beim ständigen Gebrauch von Chlorodont-Zahnpasta (TUBE K4) — unter gleichzeitiger Benutzung der praktischen Chlorodont-Zahnbürste (Spezialschnitt). Versuch überzeugt. 1436

Sport • Spiel • Körperpflege

Kottbus 93 kommender Lanziger Reiter. Kottbus 93, das aus dem Wettbewerb mit Döbern und Köthen als die beste Mannschaft hervorging, schlug in der letzten Vorentscheidung um die Lanziger Meisterschaft den Landsberger Bezirksmeister Schönlanke 8:0 (6:0).

Die Entscheidung im Kreis Kassel-Südharde gefallen. Der Kasseler Bezirksmeister Oberkasseler gewann mit nicht ganz überzeugenden Leistungen gegen Tennhausen 5:2, und damit auch die Kreismeisterschaft.

Letzte Runde in Westfalenland. Die ersten Spiele der rheinisch-westfälischen Gruppenmeister brachten die erwarteten Siege. Der westfälische Meister Oberprossdorf gewann über Düren 4:1 (1:1) und Wanne über Dortmund Borussia 2:1.

Regie Vorentscheidung in Baden-Pfalz. Riders Ludwigshafen a. Rh. hat sich durch einen 2:0 (1:0)-Sieg über den Kaiserslauterner Bezirksmeister Kammerbach die Berechtigung zur Teilnahme am Endspiel um die Badisch-Pfälzische Meisterschaft erworben.

Arbeiter-Motorradspport in Dänemark. Die tüchtige Leitung des dänischen Arbeiter-Sportbundes hat den ersten dänischen Arbeiter-Motorradfahrerverein ins Leben gerufen, der nach den Erfahrungen des deutschen Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbundes „Solidarität“ aufgebaut wird. — Auch auf den anderen Sportgebieten weist der dänische Arbeiter-Sportbund eine anhaltende gute organisatorische und technische Entwicklung auf.

Stellen hier fest, daß der Vorsitzende des russischen Schwachverbandes Z. E. Sawmann selbst an der so-

setzen und seinem Absender zurück. „Was mag der Herr eigentlich mit dieser Drohung bezwecken?“ grübelte der Kasseler. „Er kann mir doch nichts antun — das weiß er eben so gut wie ich selbst.“

Er sah Cherubin ganz deutlich vor sich. Ein schwächlicher Mensch, der Angst um seine Existenz hatte. „Was also will er?“ dachte Thaumann erneut. „Mir dienstlich schaden, mich irgendwie bei der Direktion anschwärzen? Das könnte ihm kaum gelingen. Erstens ist man gegen Anschuldigungen durch entlassene Angestellte sehr misstrauisch, und zweitens habe ich mir noch nie...“ Er erschraf. Ein ganz leises Zittern durchlief seinen Körper. Sein Herz zog sich zusammen und ein beklemmendes Gefühl trieb ihm den Schweiß auf die Stirn.

„Ne?“ grübelte er. „Aber da war doch...“ Doch die Sache nun wieder auftauchte. „Ich habe die ganze Geschichte inzwischen völlig vergessen. In diesen zehn oder gar zwölf Jahren, die inzwischen vergangen sind. Nicht noch einmal möchte ich jene Zeit durchwachen. Das war damals, als ich mit der kleinen blonden Baltha befreundet war. Sie hat mich viel Geld gekostet. Und diese Angst. Diese wahnsinnige Angst vor jeder Revision, vor dem Jahresabschluss dann...“ No, das ging ja dann alles vorbei und niemand hat was gemerkt. Es war eine Lehre — eine furchtbare, grausame Lehre...“

Er warf sich auf die andere Seite. Kehrete das Gesicht der Wand entgegen. „Acht-hundert Mark“, dachte er. „Keine große Summe gewiß. Aber ein Fünftel davon genügt ja unter Umständen, einen Menschen für den Rest seines Lebens unglücklich zu machen. Übrigens kaum zu glauben, wie leicht es zuweilen ist, sich auf unrechtmäßige Art in den Besitz fremden Geldes zu bringen. Ein bißchen Glück, ein bißchen Geschicklichkeit, ein bißchen Mut — und schon klappt der Laden. Trotzdem: noch einmal würde ich das nicht fertig bringen. Ich war eben viel jünger, viel leichtsinniger damals.“

llischen Schwachzeitung „Italia Sportiva“ mitarbeitete und in ihr seine Arbeiten zum Ausdruck brachte. Ein sonderbare profanische Einheitsfront, im Gegensatz zu dem von den Kommunisten mit Worten gepredigten „Kampf gegen den Faschismus“.

Bürgerlicher Sport.

Kennen Sie die „Wundermannschaft“? Nämlich die von Hugo Weiß, dem Wäcker des bürgerlichen österreichischen Fußballverbandes, zusammengestellte österreichische Auswahlmannschaft, die wegen ihrer spielerischen Ueberlegenheit gegenüber den anderen Verbandsmannschaften des Kontinents im bürgerlichen Sportlager Aufsehen erregt. Es wird Sie interessieren, daß 80 Prozent der österreichischen Berufsfußballspieler aus Wiener und niederösterreichischen Arbeitervereinen hervorgegangen sind. Das ist zwar für den bürgerlichen österreichischen Verband ein beschämendes Zeugnis für die Aufzucht eines eigenen Nachwuchses, aber daran haben sich die Herren nicht. Sie haben den Sport zum Geschäft erniedrigt und sind gegen Sportmoral unempfindlich.

Der Film



Kurt Vespermann, Oly Gebauer und Willy Grill in der Ufa-Tonfilm-Operette „Konny“.

Die Filmwoche.

„Das Kaiser.“

Des Witters Verfilmung ist reichlich schwach und konnte aus dem bekannten Theaterstück von Hermann Bahr nichts Beseitigendes heraus-schlagen. Er wiederholt nur das Theaterstück ohne die klüftlichen Möglichkeiten auszunutzen. Die Fahrt ins Blaue eines ältlichen Rufstus mit einer jungen Schölerin mühte und könnte sehr leicht humorvoll aufgedeutet werden, die paar netten Gebirgsaufnahmen sind da viel zu wenig. Wie fast immer muß auch hier selbsteffekt werden, daß den Deutschen zu all diesen Lustspielmotiven der leichte Spirit fehlt, daß die Effekte im Seichten verlaufen. Von den schon zur Filmchule gehörenden Geschmackslosigkeiten beim Witzereichen ganz zu schweigen. Ausgezeichnet spielt nur Olga Tschschowa die reife und erfolgreich eifersüchtige Frau, Karlweisk ist in der Haupt-

rolle — man muß leider Theaterausdrücke heranziehen — farb- und humorlos.

„24 Stunden.“

Ein Kriminalfilm der Paramount, den man für gut halten könnte, wenn man vor der Pause fortginge; was sich aber im Interesse des happy ends nachher abspielt, ist unglücklich. In dieser vornehmen Geldmagnatenwelt gibt es auch das Problem der unglücklichen Ehen; man beträgt einander, so gut und schnell es geht, er und sie haben ihre ständige Nebenbeschäftigung, sozusagen; man sieht da eine nette blonde Tängerin, die ihn, der natürlich sault, was im Lunde der Prohibition so schon zum guten Ton gehört, spät des Nachts zu sich nimmt; dort schläft er den Schlaf des mehr oder weniger Gerechten, während sie vom eifersüchtigen Gatten ermahnt wird; im Nebenzimmer. Jetzt könnte sich etwas Spannendes entwickeln; aber man muß doch die Gatten verpöhlen, hat also für Ver-nunft keine Zeit und so stellt die Kriminalpolizei im Handumdrehen mit Hilfe eines Fingerabdrucks fest, wer der Mörder ist; und der wird auch von Konkurrenzbanditen ermordet; worauf der Willkürer aus der Haft entlassen und seiner Gattin, lust am Dampfer, wohin ihn sein Herz treibt, zugeführt wird. Und alles freut sich; bis auf das Publikum. Der Regisseur hat aber Qualitäten, umrahmt diese 24-Stundenhandlung mit einer guten Nachskulisse, kann auch Schneegestöber hervorzu-bern und versucht sogar an einer Stelle, die ameri-kanische Gesellschaft zu charakterisieren. W. G.

Zum goldenen Juler. In Kürze findet im Berliner Gloria-Palast die deutsche Uraufführung des Paramount-Tonfilms „Zum goldenen Juler“ statt. Der Film wurde nach dem gleichnamigen erfolgreichen Bühnenstück von Marcel Pagnol gedreht, die Uebersetzung des Dialoges besorgte Alfred Polgar. Alexander Korda führte die Regie, die Hauptrollen werden von Albert Pa-fertmann, Jakob Fieditz, Ursula Stadler, Mathias Wieman, Lucie Höflich, Karl Etlinger verkörpert.

Eine ganz andere Frau. Mariene Dietrich hat unter der Regie Josef von Sternbergs die Aufnahmen für ihren dritten Paramount-Tonfilm „Shanghai-Expreß“ beendet, in dem 17 weiteren tragenden Rollen Elvire Brooff, Anna May Wong, Warner Oland beschäftigt sind. Am 15. Ab-er beginnt sie mit den Aufnahmen zu dem Paramount-Tonfilm „Eine ganz andere Frau“, der nach dem in der „Berliner Illustrierten Zeitung“ erschienenen gleichnamigen Roman von Georg Hähnel gedreht wird.

Aus der Partei

Freie Vereinigung sog. Akademiker. — S. 3. II. Wir beteiligen uns Freitag, 8 Uhr, Verein deutscher Arbeiter, am Wochenkursus „Was muß der Jugendfunktionär vom Reich wissen“, Referent Dr. C. Schwebel.

31 1882 22.

Ausschreibung.

Bei der Stadtgemeinde Kuffig gelangt die Stelle des leitenden Beamten im hiesigen Kantamt in der Dienstklasse I-2 zur Belegung.

Die Aufnahme erfolgt provisorisch auf 1 Jahr; nach Ablauf dieser Frist wird bei zufriedenstellender Dienstleistung die definitive Anstellung im Sinne des Gemeindebeamtengesetzes zugestrichelt.

Die Dienstbezüge werden für die Dauer der provisorischen Anstellung vertragsgemäß nach Ueber-einkommen, im definitiven Verhältnis nach den Be-stimmungen des Gesetzes Sig. 10326, geregelt.

Bedingungen der Anstellung:

1. Tschechoslowakische Staatsbürgerschaft.
2. Vollkommene Gesundheit und Wohlverhaltenszeit.
3. Vollkommene Kenntnis der deutschen Sprache als Geschäftssprache der Stadtgemeinde in Wort und Schrift und Nachweis der Kenntnis der Staatsprache zum Dienstgebrauch.
4. Abschließung einer Mittelschule oder einer Hand-elsakademie bei beiden Anstalten mit Matura, Zurücklegung des Kurzes und der Staats-prüfung für Staatsverrechnungswunde und voll-ständige Kenntnis des kameralistischen, doppel-schen und amerikanischen Rechnungswesens.
5. Eine mindestens 10jährige Praxis im kommun-alen oder staatlichen Rechnungsdienst. Die Dienstzeit der geforderten Praxis wird nicht der allenfalls bereits durchgerechneten Dienst-zeit bei der Einreihung in die Bezüge nach dem Ge-setz Sig. 10326, berücksichtigt werden.

Ordnungsgemäß gestempelte und mit beglau-bigten Abschriften der bezüglichen Dokumente sowie mit dem curriculum vitae belegte Gesuche, in wel-chem auch die Gehaltsansprüche anzuführen sind, sind bis zum 15. März 1932 beim Bürgermeisteramt Kuffig einzubringen.

Die freie Wahl unter den Bewerbern, allenfalls auch die Ablehnung sämtlicher Gesuche ohne Angabe von Gründen, wird vorbehalten.

Bürgermeisteramt Kuffig, am 19. Jänner 1932. 2985 Der Bürgermeister: Leopold Pöhl.

In das Heim des Klassenbewußten
Arbeiters gehört d. Zentralorgan.
der Deutschen sozialdemokr. Arbeiterpartei
„Sozialdemokrat“